



Publikationen des Umweltbundesamtes

Tendenzen der Umwelt- und Risikowahrnehmung in einer Zeit des Wertpluralismus

Vertiefungsstudie im Rahmen des
Projektes "Repräsentativumfrage zu
Umweltbewusstsein und
Umweltverhalten im Jahr 2006"

Forschungsprojekt im Auftrag des
Umweltbundesamtes
FuE-Vorhaben
Förderkennzeichen 205 17 102

**Prof. Dr. Udo Kuckartz
Dr. Anke Rheingans-Heintze
Stefan Rädiker**

September 2007

**Umweltforschungsplan
des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Förderkennzeichen (UFOPLAN) 205 17 102

**Vertiefungsstudie im Rahmen des Projektes
„Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006“**

Tendenzen der Umwelt- und Risikowahrnehmung in einer Zeit des Wertepluralismus

von

**Prof. Dr. Udo Kuckartz
Dr. Anke Rheingans-Heintze
Stefan Rädiker**

**Institut für Erziehungswissenschaft
der Philipps-Universität Marburg**

**IM AUFTRAG DES
UMWELTBUNDESAMTES**

September 2007

Inhaltsverzeichnis

Zur Entstehung dieser Teilstudie.....	4
1 Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland – die Trends.....	5
1.1 Allgemeine Umwelteinstellungen	5
1.2 Dimensionen der allgemeinen Umwelteinstellungen: Nachhaltigkeits-, Verantwortungs- und Krisenbewusstsein	7
1.3 Der Zusammenhang von Wertorientierungen und allgemeinen Umwelteinstellungen	9
2 Einflüsse auf die Wahrnehmung von Umweltrisiken und Umweltqualität.....	13
3 Einschätzung der umweltpolitischen Instrumente	22
3.1 Ordnungsrechtliche Instrumente der Umwelt- und Klimaschutzpolitik	24
3.2 Ökonomische Instrumente der Umwelt- und Klimaschutzpolitik	28
4 Zusammenfassende Bewertung.....	33
Literatur	35
Anmerkungen	36

Zur Entstehung dieser Teilstudie

Die hier vorgestellten Ergebnisse sind im Rahmen der Studie „Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2006“ entstanden. Die Studie ist repräsentativ für die Bundesrepublik Deutschland: In den Monaten April bis Juni 2006 wurden insgesamt 2.034 Personen in allen Teilen Deutschlands befragt – 1.650 in den westlichen und 384 in den östlichen Bundesländern. Die Datenerhebung wurde vom Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid mit Face-to-Face Befragungen durchgeführt. Die Auswahl der 2.034 Personen erfolgte mittels eines dreistufigen Zufallsauswahlverfahrens im ADM-Design (ADM Arbeitskreis Deutscher Meinungsforschungsinstitute e.V.).

Seit Anfang der 1990er Jahre lassen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt mit empirischen Studien das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Deutschen untersuchen. Seit 1996 werden die Studien im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt. Etwa 50 bis 60% der in den Studien gestellten Fragen bleiben jeweils die gleichen. Dies ermöglicht Vergleiche und Trendanalysen, wie dies nur selten in den Sozialwissenschaften der Fall ist. Zum Konzept der Umweltstudien gehört es, neben diesen langfristigen Trenddaten auch jeweils neue, aktuell wichtige Themenbereiche zu erforschen. In der Studie 2006 standen drei Themenfelder im Zentrum: „Klima und Energie“, „Umweltbelastungen und Gesundheit“ sowie „Gerechtigkeit und Verantwortung“.

Konzipiert und durchgeführt wurde die Studie von einer Forschergruppe des Instituts für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg bestehend aus Dr. Anke Rheingans-Heintze, Stefan Rädiker und Prof. Dr. Udo Kuckartz. Seitens des TNS Emnid-Instituts hat Oliver Krieg die Studie begleitet. Die fachliche Betreuung durch das UBA oblag Herrn Dr. Michael Wehrspau, dem wir an dieser Stelle für seine Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge danken möchten.

Eine Übersicht über die Basisergebnisse (sowie die Resultate von 2000, 2002 und 2004) ist im Internet unter www.umweltbewusstsein.de zu finden – teilweise auch in englischer Sprache. Der verwendete Fragebogen ist dort ebenfalls abrufbar. Entsprechende Auswertungen der Vorgängeruntersuchungen von 2002 und 2004 liegen zudem in Buchform vor (Grunenberg/Kuckartz 2003; Kuckartz/Rheingans-Heintze 2006). Interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stehen die Originaldaten über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln für Sekundäranalysen zur Verfügung.

Udo Kuckartz, Anke Rheingans-Heintze und Stefan Rädiker
Marburg, September 2007

1 Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland – die Trends

Das Umweltbewusstsein ist in Deutschland über Jahrzehnte gewachsen und hat dabei immer wieder Höhen und einige – moderate – Tiefen durchlaufen. Derzeit erhält das ohnehin hohe Umweltbewusstsein der Deutschen neuen Auftrieb. Vor allem der weltweite Klimawandel scheint im Bewusstsein der Menschen angekommen zu sein. Eine große Rolle spielt hier sicherlich die hohe Aufmerksamkeit, die dem Klimawandel und seinen Folgen in der Medienöffentlichkeit gewidmet wird. Als weiterer Trend kann festgestellt werden, dass ein Engagement für den Umweltschutz wieder vermehrt soziale Anerkennung verschafft. In jüngster Zeit zeichnet sich zudem eine Veränderung des Diskurses ab: Danach steht Umweltbewusstsein in wachsendem Maße für Gesundheit und persönliches Wohlbefinden, für Verantwortung und Innovation. Ferner scheint sich Umweltbewusstsein in einigen Teilen der Bevölkerung zu einem Mittel sozialer Unterscheidung zu entwickeln. Die Marktforschung spricht hier vom „Lifestyle of health and sustainability“, einem eher gehobenen Lebensstil, dessen Anhänger/innen sich insbesondere beim Konsum an Gesundheit und Nachhaltigkeit in Verbindung mit hoher Qualität und modischem Ambiente orientieren.

Umweltbewusstsein hat also viele Facetten – nicht nur in der öffentlichen Diskussion, sondern ebenso im wissenschaftlichen Verständnis. Dies spiegelt sich auch in den Umweltbewusstseinsstudien, in denen das Umweltbewusstsein der Deutschen seit 1996 alle zwei Jahre untersucht wird. So unterscheidet die sozialwissenschaftliche Umweltforschung vier Komponenten des Umweltbewusstseins (vgl. ausführlich z.B. Grunenberg/Kuckartz 2003): den Kenntnis- und Informationsstand über umweltrelevante Themen, allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz, Verhaltensintentionen bzw. Handlungsbereitschaft sowie das tatsächliche Umweltverhalten. Alle vier genannten Komponenten sind in den Umweltbewusstseinsstudien ein Thema, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. So lässt sich der Wissensstand über Umweltthemen in einem breit angelegten Fragebogen nur sehr oberflächlich erfassen und für den Bereich Umweltverhalten ist zu berücksichtigen, dass man im Rahmen einer mündlichen Befragung nur Angaben über das selbstberichtete Verhalten der Befragten erhält. Darüber hinaus sind natürlich auch solche Fragen von Interesse, die etwa die Wahrnehmung des Stellenwertes des Umweltschutzes unter den wichtigen politischen Themen dieses Landes betreffen oder welche Ziele und politischen Aufgabenbereiche des Umweltschutzes als besonders wichtig erachtet werden. Diese und ähnliche Fragestellungen sind ein wichtiger Gradmesser für die Akzeptanz der Umweltpolitik in der Bevölkerung.

1.1 Allgemeine Umwelteinstellungen

Zur Tradition der Umweltbewusstseinsstudien gehört seit vielen Jahren die Erhebung der allgemeinen Einstellungen zum Umweltschutz. Dabei handelt es sich um eine umfangreiche Liste von Statements, mit denen eher grundsätzliche Ansichten in Fragen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit, das allgemeine Verantwortungsgefühl sowie generelle Sorgen und Ängste der Bevölkerung in Augenschein genommen werden. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse zusammengefasst als Zeitreihe von 1996 bis 2006. Für die Jahre 1996 bis 2004 sind ausschließlich die Items berücksichtigt, die auch noch in der Erhebung 2006 eingesetzt wurden.

Tabelle 1: Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz (Zeitreihe)

Angaben in %*	1996	1998	2000	2002	2004	2006
A Die landschaftliche Schönheit und Eigenart unserer Heimat sollte erhalten und geschützt werden. (Zustimmung)	-	-	-	91	93	93
B Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern. (Zustimmung)	-	-	90	84	88	89
C Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können. (Zustimmung)	-	-	83	78	82	84
D Es sollte fairen Handel zwischen den reichen Ländern dieser Erde und den Entwicklungsländern geben. (Zustimmung)	-	-	77	78	84	82
E Wir Bürger können durch unser Kaufverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen. (Zustimmung)	-	-	-	-	-	68
F Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen. (Zustimmung)	74	65	68	62	66	66
G Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu. (Zustimmung)	66	56	62	54	58	62
H Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird. (Zustimmung)	56	50	59	56	58	58
I Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben. (Ablehnung)	54	47	52	46	46	50
J Wenn es noch mehr Vorschriften für den Naturschutz gibt, kann man bald überhaupt nichts mehr machen. (Ablehnung)	-	-	-	44	44	41
K Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen. (Ablehnung)	38	35	43	35	36	40
L Im Vergleich zur Industrie können wir Bürger nur wenig zur Energieeinsparung beitragen. (Ablehnung)	-	-	-	-	-	37

Anweisung: Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jedes Kärtchen anhand dieser Liste, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen. Nennen Sie einfach den Kennbuchstaben des Kärtchens und die entsprechende Antwortziffer von der Liste.

* Die Tabelle enthält den prozentualen Anteil der Befragten, die entweder mit (Zustimmung) „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme weitgehend zu“ antworteten, oder aber mit (Ablehnung) „stimme eher nicht zu“ bzw. „stimme überhaupt nicht zu“ antworteten. Höhere Prozentwerte sollen damit ein höheres Umweltbewusstsein signalisieren.

Im zeitlichen Vergleich waren die Einstellungen im Jahr 1996 im Schnitt am stärksten pro Umwelt ausgeprägt. Dies gilt insbesondere für die Items F („Besorgnis über zukünftige Umweltverhältnisse“), G („Zusteuern auf Umweltkatastrophe“), und I („Umweltprobleme werden nicht übertrieben“). Relativ stark ausgeprägte Pro-Umwelteinstellungen ließen sich auch im Jahr 2000 feststellen, wobei die Ergebniswerte aus der jüngsten Erhebung 2006 schon sehr nahe an die aus dem Jahr 2000 herangekommen sind. Das gilt im Übrigen auch für die seit dem Jahr 2000 in die Studie einbezogenen Fragen zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Auf einem Tiefpunkt befanden sich die Pro-Umwelteinstellungen im Jahr 1998.

Betrachtet man die Zeitreihen und die Entwicklung der Prozentwerte für die einzelnen Statements, sind kaum eindeutige Trends auszumachen:

Die Statements, die Gerechtigkeitsprinzipien des Konzepts Nachhaltigkeit erfassen (B, C und D) zeigen sich sehr konstant auf ausgesprochen hohem Zustimmungsniveau.

Die Statements, die Besorgnis zum Ausdruck bringen (F, G und H) zeigen zwischen 1996 und 2006 ein munteres Auf und Ab. Den hohen Werten von 1996 folgt ein starkes Fallen 1998, ein

moderater Anstieg 2000, worauf ein erneutes Fallen 2002 und ein neuerlicher Anstieg 2004 und 2006 folgen. Vergegenwärtigt man sich den politischen Kontext der immer im Frühjahr durchgeführten Umweltbewusstseinsstudien kann man plausible Korrespondenzen vermuten: Im Frühjahr 1998 spielte das Umweltthema in der Endphase der Kohl-Regierung kaum eine Rolle mehr, im September übernahm Rot-Grün die Regierung. Diese brachte das Thema in den folgenden zwei Jahren wieder stärker auf die Tagesordnung und in die Medien (Debatte um den Atomausstieg). Im Frühjahr 2002 befanden sich die Koalition und ihre Politik in der Wählergunst auf dem Tiefpunkt. Nicht zuletzt durch das Elbhochwasser 2002 konnte sie die Bundestagswahlen doch noch gewinnen – gleichzeitig wurde deutlich, dass der Klimawandel nicht nur ein Medienphänomen, sondern durchaus auch in Deutschland zur Realität geworden war.

1.2 Dimensionen der allgemeinen Umwelteinstellungen: Nachhaltigkeits-, Verantwortungs- und Krisenbewusstsein

Zwecks eines vertiefenden Verständnisses ist eine Differenzierung von verschiedenen Dimensionen der Umwelteinstellungen sinnvoll. Wir unterscheiden im Folgenden drei Dimensionen.¹

- Das *Nachhaltigkeitsbewusstsein* beinhaltet die um das Prinzip Gerechtigkeit herum angeordneten Elemente des Konzepts Nachhaltige Entwicklung. Ein fairer Handel zwischen Nord und Süd, Gerechtigkeit zwischen den Generationen und der sorgsame Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen erfahren hier eine hohe Wertschätzung.
- Die Dimension des *Verantwortungsbewusstseins* lenkt das Augenmerk darauf, wie hoch die Bereitschaft des Einzelnen ist, auch selbst Verantwortung für den Schutz unserer Umwelt zu übernehmen und sich nicht nur auf die anderen oder den Staat zu verlassen.
- Das *Krisenbewusstsein* ist durch eine stärkere Betonung von Sorgen und Ängsten charakterisiert, zum Beispiel dahingehend, dass Umweltkatastrophen zu erwarten sind und der Gedanke an die zukünftige Situation unserer Umwelt Anlass zu Beunruhigung gibt.

Die folgende Abbildung gibt die Zuordnung der Statements aus Tabelle 1 zu diesen drei Dimensionen der Umwelteinstellungen wieder.

Abbildung 1: Die drei Dimensionen der allgemeinen Umwelteinstellungen

Nachhaltigkeitsbewusstsein		Verantwortungsbewusstsein*		Krisenbewusstsein	
A	Erhaltung und Schutz unserer Heimat	I	Übertreibung des Umweltproblems	G	Zusteuern auf Umweltkatastrophe
D	Fairer Handel zwischen reichen und armen Ländern	J	Zu viele Vorschriften für Naturschutz	F	Besorgnis über zukünftige Umweltverhältnisse
B	Generationengerechtigkeit	K	Wissenschaft und Technik lösen Umweltprobleme	H	Es gibt Grenzen des Wachstums
C	Nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können	L	Bürger können nur wenig Energie einsparen		

Aufgelistet sind die konstituierenden Statements (vgl. Tabelle 1), in der Reihenfolge ihrer statistischen Korrelation mit der jeweiligen Dimension.

* eine starke Ablehnung dieser Items wird als hohes persönliches Verantwortungsbewusstsein interpretiert, in den Vorgängerstudien 2004 und 2002 wurde diese Dimension als Entdramatisierung bezeichnet.

Je nach Stärke ihrer Ausprägung beeinflussen diese Einstellungsdimensionen in unterschiedlicher Weise das Verhalten, die Risiko- und Naturwahrnehmung, die Engagementbereitschaft

oder die Haltung zu umweltpolitischen Maßnahmen. Ferner zeigen sich teilweise enge Zusammenhänge zwischen den Einstellungsdimensionen und sozialstrukturellen Merkmalen. Die folgende Tabelle fasst die bedeutsamsten Resultate übersichtlich zusammen:

Tabelle 2: Zusammenhänge zwischen den Dimensionen der Umwelteinstellungen u. sozialstrukturellen Merkmalen

	Nachhaltigkeitsbewusstsein	Verantwortungsbewusstsein	Krisenbewusstsein
Geschlecht	etwas stärker bei Frauen	geringfügig stärker bei Frauen	stärker bei Frauen
Alter	steigt mit zunehmendem Alter	70+ hat ein deutlich niedrigeres Verantwortungsbewusstsein	am niedrigsten ausgeprägt bei unter 20-Jährigen und 25- bis 29-Jährigen
Lebensphase	am niedrigsten bei: Jungen Single-Haushalten, Junge Unverheiratete in Mehrpersonenhaushalt, Junge Paare ohne Kinder	--- *)	---
Bildung	am höchsten bei Personen mit hoher formaler Bildung; bei niedriger und mittlerer Bildung gleich niedrig	wächst mit steigender formaler Bildung	---
Einkommen	---	---	---
eigene Kinder	höher bei Befragten mit eigenen Kindern	---	---
Parteipräferenz	am höchsten unter Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen; am geringsten: CDU und FDP	am höchsten unter Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen; am geringsten: CDU und FDP	am höchsten unter Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen; am geringsten: CDU und FDP

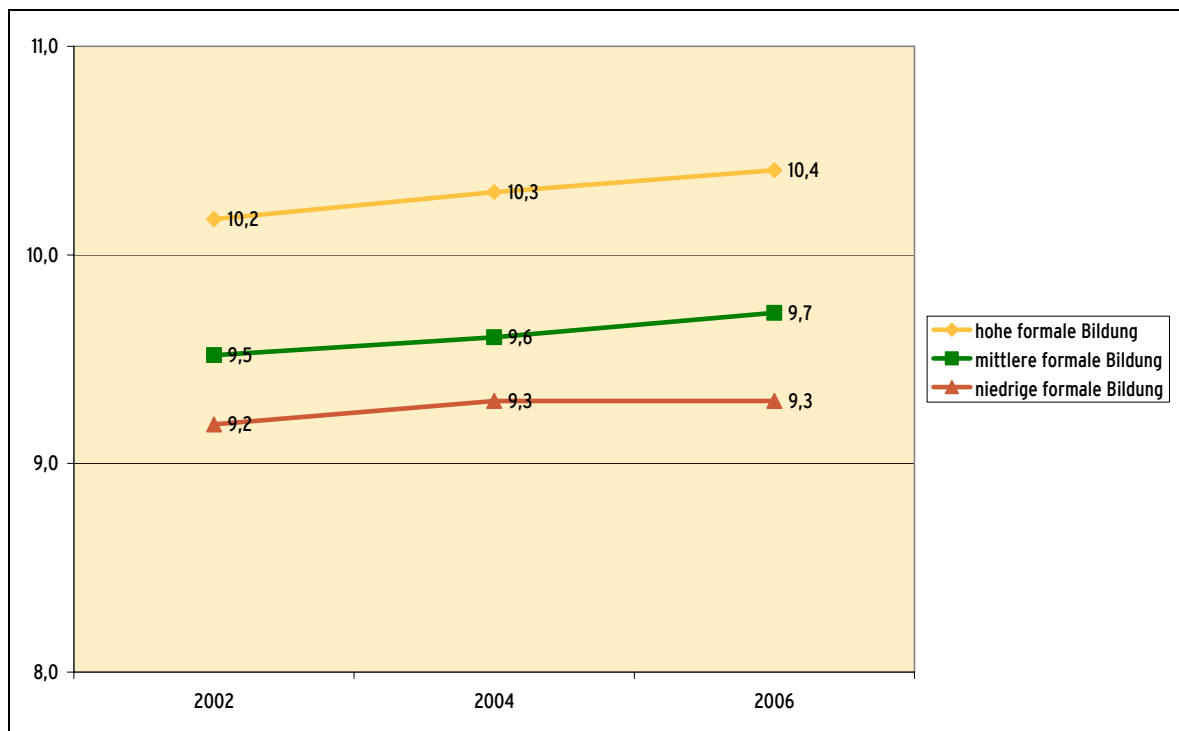
*) kein nennenswerter Effekt

Der Vergleich der 2006er Studie mit den Vorgängerstudien von 2002 und 2004² zeigt, dass sich einige Verschiebungen ergeben haben:

- Sowohl beim Nachhaltigkeitsbewusstsein als auch beim Verantwortungsbewusstsein hat sich eine Angleichung der Geschlechter vollzogen, wobei die Werte der Frauen aber nach wie vor signifikant höher sind.
- Die Ältesten (70 Jahre und älter) sind seit 2002 kontinuierlich Spitzenreiter in punkto Nachhaltigkeitsbewusstsein. Die Jüngsten (18- bis 19-Jährige) waren hingegen sowohl im Jahr 2004 als auch 2006 das Schlusslicht. Seit 2002 kontinuierlich angestiegen ist das Nachhaltigkeitsbewusstsein vornehmlich in zwei Altersgruppen: unter den 20- bis 24-Jährigen und unter den 60- bis 69-Jährigen.
- Die Altersgruppen der 40- bis 49-Jährigen und der 25- bis 29-Jährigen zeichnen sich seit 2002 durch ein kontinuierlich ansteigendes und seit 2004 auch durch das höchste Verantwortungsbewusstsein in der Bevölkerung aus. Bewegung hat es in den letzten vier Jahren vor allem in den folgenden drei Altersgruppen gegeben: unter den 18- bis 19-Jährigen, den 60- bis 69-Jährigen und den Ältesten ab 70 Jahren. Während das Verantwortungsbewusstsein unter den Jüngsten und den Ältesten vom Jahr 2004 zum Jahr 2006 hin abgenommen hat, ist es unter den 60- bis 69-Jährigen deutlich angestiegen.
- Das Krisenbewusstsein hat in den letzten sechs Jahren vornehmlich in den Altersgruppen der 60- bis 69-Jährigen und der 50- bis 59-Jährigen an Bedeutung gewonnen. Kontinuierlich an Bedeutung verloren hat das Krisenbewusstsein hingegen unter den jeweils Jüngsten der Untersuchung, also den 18- bis 19-Jährigen.
- Alle drei Dimensionen des Umweltbewusstseins sind in den letzten Jahren moderat gewachsen. Während im Krisenbewusstsein seit 2002 keine bildungsabhängigen Unterschiede fest-

zustellen sind, findet man solche und insbesondere beim Verantwortungsbewusstsein. Wie die folgende Abbildung zeigt, ist das Verantwortungsbewusstsein bei den Befragten aller drei Bildungsstufen leicht angestiegen, doch sind die Abstände zwischen den Bildungsstufen jeweils beträchtlich. Dies gilt unverändert für alle drei Untersuchungen seit dem Jahr 2002: Befragte mit hohem Bildungsgrad sind nach wie vor deutlich entschiedener als Befragte mit mittlerem und niedrigem Bildungsgrad dazu bereit, auch selbst Verantwortung zu übernehmen.

Abbildung 2: Verantwortungsbewusstsein in Abhängigkeit von der formalen Bildung (Zeitreihe)



Das Verantwortungsbewusstsein kann Werte zwischen 5 und 15 Punkten annehmen.

1.3 Der Zusammenhang von Wertorientierungen und allgemeinen Umwelteinstellungen

Auch die persönliche Wertestruktur hat einen starken Einfluss auf die Umwelteinstellungen. Persönliche Werte wie etwa Lebensgenuss, ein hoher Lebensstandard, Kreativität, politisches Engagement, Sicherheitsstreben oder Ehrgeiz und deren Priorität in der individuellen Wertestruktur entscheiden also mit darüber, welche Bedeutung der Umweltschutz für einen Menschen hat.

Zur Erfassung der Wertorientierungen in der Umweltbewusstseinsstudie wurden fünfzehn Werte vorgegeben, die die Befragten nach der Wichtigkeit für sich selbst einschätzen sollten. Insgesamt haben sich drei dominante Wertegruppen, d.h. drei Gruppen eng miteinander verknüpfter Einzelwerte herauskristallisiert³. Die *erste Wertegruppe* wird durch *hedonistische und materielle Werte* bestimmt. Charakteristisch für diese Wertegruppe ist die große Bedeutung eines hohen Lebensstandards, der Wunsch nach „Macht und Einfluss“, „Lebensgenuss“ und die „Durchset-

zung der eigenen Bedürfnisse“. Die *zweite Wertegruppe* beinhaltet Wertorientierungen, die sich um *idealistische und Engagementwerte* drehen. Hierzu zählen die große Bedeutung, die man der Hilfe von sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen beimisst sowie die Wertaspekte „Leben im Einklang mit der Natur“, „politisches Engagement“ und die „Entwicklung der eigenen Phantasie und Kreativität“. Die *dritte Wertegruppe* setzt sich schließlich aus den *Pflicht- und Akzeptanzwerten* „Respekt vor Gesetz und Ordnung“, „Sicherheitsstreben“ und „Fleißigkeit und Ehrgeiz“ zusammen.

Die Bedeutsamkeit dieser drei Wertegruppen ist beim Einzelnen natürlich unterschiedlich ausgeprägt. Für den einen ist beispielsweise die erste Wertegruppe von besonderer Wichtigkeit, für den anderen eher die zweite Wertegruppe. Ferner ist es möglich, dass für eine Person zwei oder sogar alle drei Wertegruppen von großer Wichtigkeit sind. Fünf typische und häufig anzutreffende Konstellationen der drei Wertegruppen sind in der folgenden Abbildung dargestellt.

Abbildung 3: Fünf unterschiedliche Wertetypen

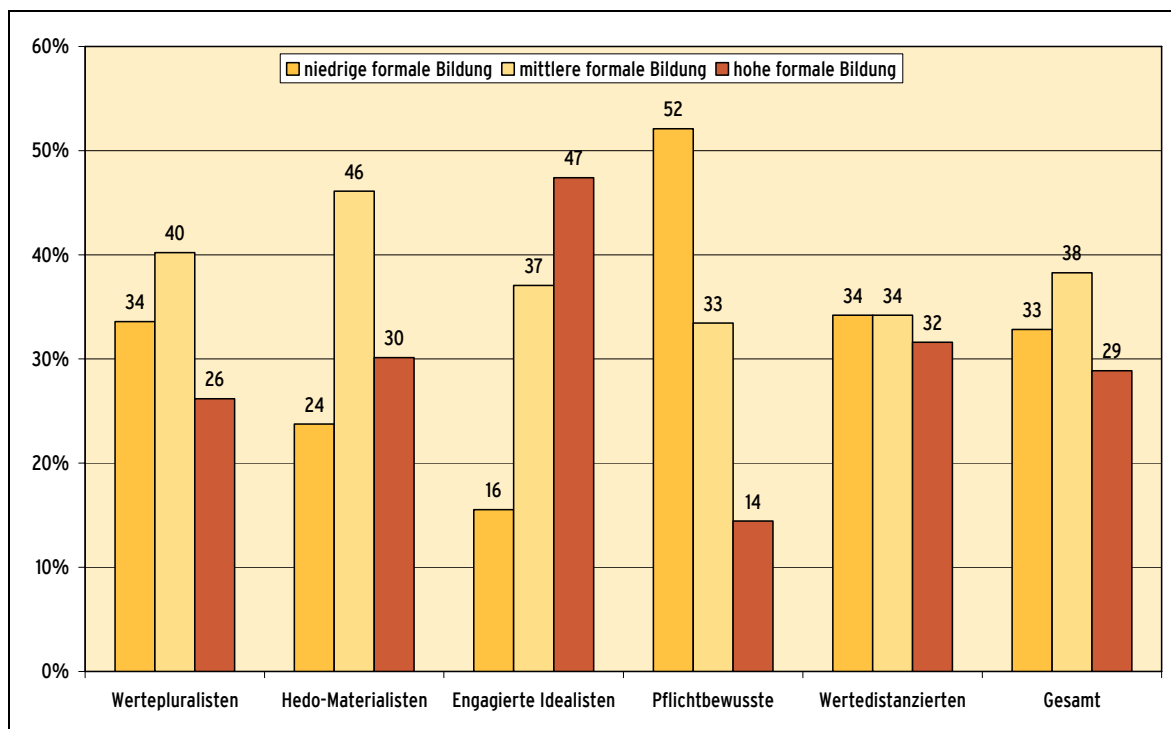
Anteil ⁴		Wertegruppe 1: Hedonistische u. materielle Werte	Wertegruppe 2: Idealistische u. Engagementwerte	Wertegruppe 3: Pflicht- u. Akzeptanzwerte
29%	Wertpluralisten	+	+	+
17%	Hedo-Materialisten	+	-	-
18%	Engagierte Idealisten	-	+	-
22%	Pflichtbewusste	-	-	+
15%	Wertedistanzierte	-	-	-

+ = hohe Ausprägung der Wertegruppe

- = niedrige Ausprägung der Wertegruppe

Die fünf Wertetypen unterscheiden sich bezüglich ihrer Bildungsstruktur, die in Abbildung 4 veranschaulicht ist. Während zum Beispiel unter den *Hedo-Materialisten* viele Befragte mit mittleren Bildungsabschlüssen zu finden sind, zeichnen sich die *Pflichtbewussten* durch einen hohen Anteil von Personen mit niedriger formaler Bildung aus.

Abbildung 4: Verteilung der fünf Wertetypen nach formaler Bildung



Die weitere sozialstrukturelle Charakterisierung der fünf Wertetypen ist der folgenden Tabelle zu entnehmen. Wiedergegeben sind solche Kategorien von sozialstrukturellen Merkmalen, in denen der entsprechende Wertetyp überdurchschnittlich häufig bzw. selten anzutreffen ist.

Tabelle 3: Sozialstrukturelle Merkmale der Wertetypen

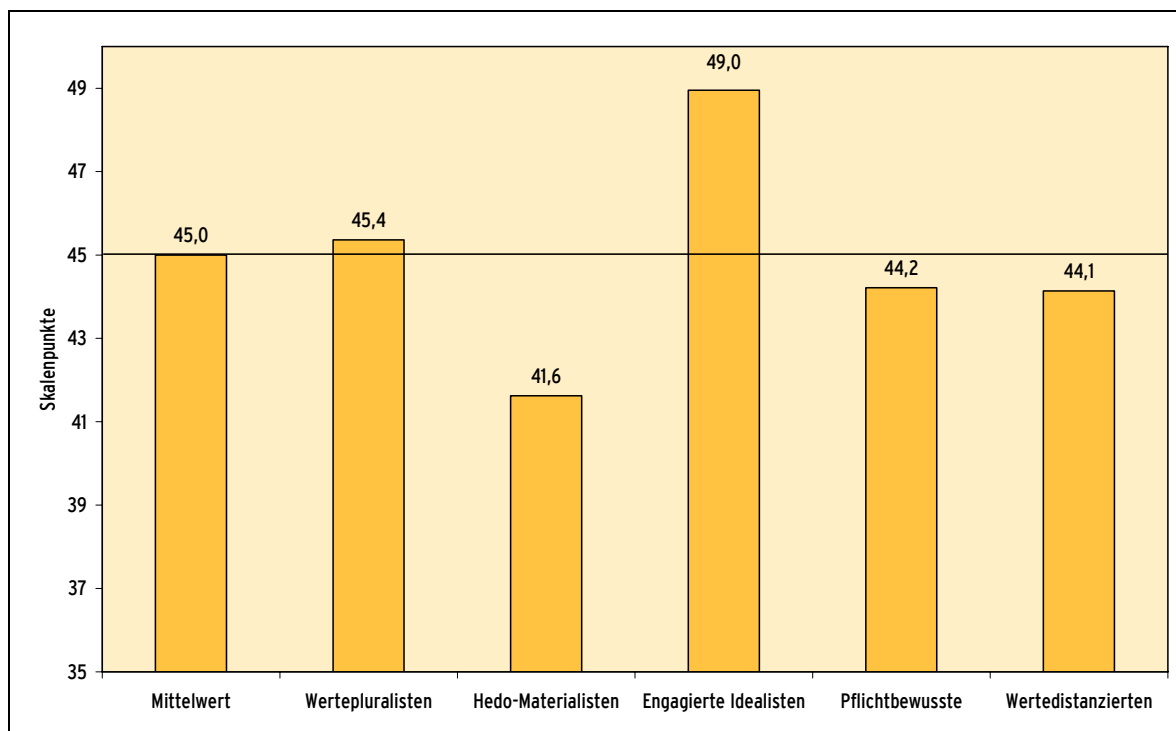
Anteil	Wertetyp	Geschlecht	Alter *)	Lebensphase	eigene Kinder	Parteipräferenz
29%	Wertpluralisten	Frauen leicht überrepräsentiert	60+	überrepräsentiert: Partnerhaushalte ab 60 Jahre	---	CDU überrepräsentiert
17%	Hedo-Materialisten	Männer überrepräsentiert	18-29	überrepräsentiert: Junge Singlehaushalte; Junge Unverheiratete; Junge Paare ohne Kinder	seltener eigene Kinder	Bündnis 90/Die Grünen unterrepräsentiert
18%	Engagierte Idealisten	---	20-24 und 40-49	überrepräsentiert: Junge Singlehaushalte; Familien mit Kind unter 7 Jahren	---	Bündnis 90/Die Grünen überrepräsentiert
22%	Pflichtbewusste	Frauen leicht überrepräsentiert	70+	überrepräsentiert: Partnerhaushalte ab 60 Jahre; ältere Singles	häufiger eigene Kinder	CDU und SPD überrepräsentiert
15%	Wertedistanzierte	Frauen leicht überrepräsentiert	30-39	überrepräsentiert: Familien mit Kind unter 7 Jahren	---	---

*) Diese Altersgruppe/n sind jeweils überrepräsentiert

**) Kein nennenswerter Effekt

Vergleicht man die fünf Wertetypen hinsichtlich ihrer allgemeinen Umwelteinstellungen, zeigt sich, dass die *Engagierten Idealisten* die höchsten Pro-Umwelteinstellungen⁵ besitzen und die *Hedo-Materialisten* die niedrigsten. Der in Abbildung 5 dargestellte Zusammenhang zwischen Werterhaltung und Umwelteinstellungen lässt sich in nahezu identischer Weise für alle drei Dimensionen, also Nachhaltigkeits-, Verantwortungs- und Krisenbewusstsein, feststellen.

Abbildung 5: Allgemeine Umwelteinstellungen in Abhängigkeit der Werteorientierung



Die Gesamtskala Pro-Umwelteinstellungen misst das Umweltbewusstsein und kann Werte zwischen 12 und 60 Punkten annehmen.

Die zahlenmäßig größte Gruppe der *Wertpluralisten* (Anteil 29%) ist besonders interessant, weil sie am ehesten die Theorie der sogenannten „Wertesynthese“ (vgl. Klages/Gensicke 2006) verkörpert. Bei den Pro-Umwelteinstellungen liegt sie, mit allerdings deutlichem Abstand zu den *Engagierten Idealisten*, auf Rang 2. Auch ihr Nachhaltigkeits- und Krisenbewusstsein liegt knapp über dem Bevölkerungsdurchschnitt, nur ihr Verantwortungsbewusstsein ist vergleichsweise schwach ausgebildet, hier fallen sie sogar noch hinter die *Wertedistanzierten* und die *Pflichtbewussten* zurück.

2 Einflüsse auf die Wahrnehmung von Umweltrisiken und Umweltqualität

Die öffentliche Wahrnehmung der Umweltqualität in Deutschland und auch der globalen Umweltqualität fällt in der Studie 2006 deutlich schlechter aus als in den vorangegangenen Studien. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass der Klimawandel in den letzten zwei Jahren stark in das öffentliche Bewusstsein vorgedrungen ist. Denn typischerweise werden einzelne Umweltprobleme als starkes Signal für den Gesamtzustand unserer Umwelt gewertet (vgl. Karger/Wiedemann 1996). Die folgende Tabelle zeigt, dass die Umweltqualität in der näheren Umgebung weiterhin positiv beurteilt wird. Im längsschnittlichen Vergleich gibt es sogar seit dem Jahr 2000 einen Aufwärtstrend. Je weiter weg allerdings der Blick vom eigenen Wohnort über Deutschland, Europa und schließlich den ganzen Globus schweift, desto weniger positiv wird die Umweltqualität beurteilt. Hinsichtlich der Bewertung der globalen Umweltqualität zeigt sich sogar ein gegenläufiger Trend: Während 2000 noch 16% und 2002 sogar 20% diese als gut einschätzten, sind es heute nur noch 9%. Zugespitzt könnte man diese Eigentümlichkeit der Wahrnehmungen so zusammenfassen: Der Umweltzustand zu Hause wird immer besser, der in der weiten Welt immer schlechter.

Tabelle 4: Beurteilung der Umweltqualität lokal, national und global (Zeitreihe)

Anteil der Befragten in %, die die Umweltqualität als „sehr gut“ oder „recht gut“ einschätzen	2000	2002	2004	2006
Umweltqualität in der eigenen Stadt/eigenen Gemeinde	79	82	86	84
Umweltqualität in Deutschland	75	82	82	66
Umweltqualität in Europa	-	-	-	29
Umweltqualität weltweit	16	20	16	9

Indirekt bestätigt sich die zunehmend positive Wahrnehmung des eigenen persönlichen Umfeldes auch bei der Frage nach der Risikoeinschätzung des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik in Bezug auf die Gefährdung der eigenen Person bzw. Familie (siehe Tabelle 5). So werden die Risiken eines globalen Klimawandels in der Erhebung 2006 keineswegs als persönlich bedrohlicher als im Jahr 2004 eingeschätzt. Vielmehr stellen wir hier eine im Vergleich zu 2004 rückläufige Entwicklung fest. Auch die Atomtechnologie und die Gentechnik lösen derzeit weniger Ängste aus als in den vorangegangenen Untersuchungen.

Tabelle 5: Empfundene Gefährdung (Zeitreihe)

Anteil der Befragten in %, die die folgenden Phänomene als „äußerst“ oder „sehr gefährlich für sich und die eigene Familie halten“	2000	2002	2004	2006
eine durch den „Treibhauseffekt“ verursachte weltweite Klimaveränderung	58	46	53	47
Atomkraftwerke und entstehender radioaktiver Müll	-	53	59	47
die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln	-	44	51	42

Ob hier ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist oder die Menschen zunehmend den Eindruck haben, man könne diese Risiken beherrschen, bleibt abzuwarten. Denn der wahrgenommene Gefährdungsgrad eines Risikos sinkt, wenn man den Eindruck hat, man könne den Umgang mit diesem Risiko steuern (vgl. hierzu z.B. Jungermann/Slovic 1993). Deshalb wird auch die lo-

kale Umweltqualität generell besser beurteilt (siehe oben), da hier neben dem Vertrautheitseffekt mehr persönliche Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen werden.

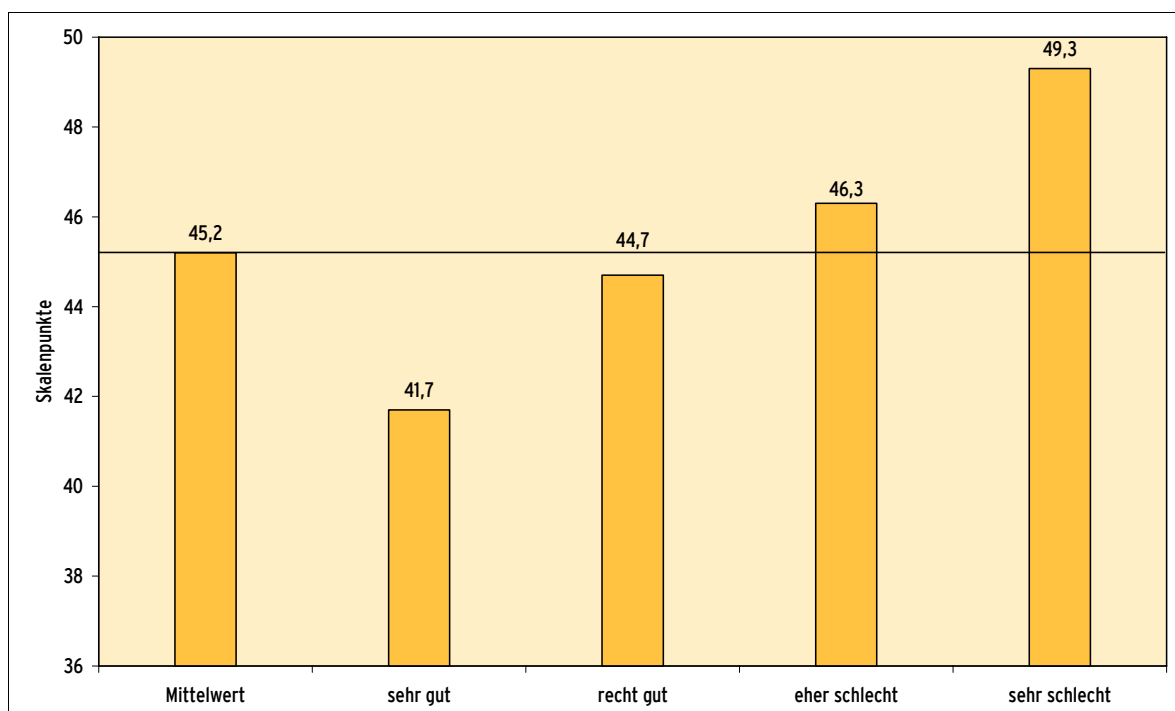
Welche Faktoren beeinflussen im Einzelnen die Wahrnehmung und Einschätzung von Umweltqualität (lokal, national, Europa, weltweit) und Umweltrisiken (Klimawandel, Atomkraft, Gentechnik)?

Die Wahrnehmung von Umweltqualität

In der Wahrnehmung der vier Umweltqualitäten sind keine bemerkenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellbar. Auch Alter und Lebensphase haben keine Effekte und selbst der Bildungsgrad der Befragten, sonst fast immer von Belang, wenn es um Fragen des Umweltschutzes geht, spielt bei der Wahrnehmung der Umweltqualitäten keine nennenswerte Rolle. Als Einflussfaktoren, insbesondere auf die Wahrnehmung der lokalen Umweltqualität, erweisen sich die regionale Herkunft und die Gemeindegröße. So kommen Befragte aus Mecklenburg-Vorpommern, aus dem Saarland, aus Bremen⁶ und aus Schleswig-Holstein zu einer besseren Einschätzung der Umweltqualität ihrer Heimatgemeinde als der Bevölkerungsdurchschnitt. Umgekehrt urteilen Befragte aus Berlin in dieser Hinsicht deutlich schlechter als der Durchschnitt. Befragte aus Kleinstädten und ländlichen Regionen beurteilen die Umweltqualität ihrer Heimatgemeinde generell besser als Befragte aus größeren Städten.

Als wichtiger Einflussfaktor erweisen sich die allgemeinen Umwelteinstellungen: Je höher die Pro-Umwelteinstellungen, desto schlechter fällt das Urteil über die Umweltqualität in der eigenen Stadt oder Gemeinde, in Deutschland und Europa sowie über die weltweite Umweltqualität. Die Zusammenhänge sind deutlich und hochsignifikant – in der folgenden Abbildung sind diese exemplarisch für die Wahrnehmung der Umweltqualität in Deutschland dargestellt.

Abbildung 6: Allgemeine Umwelteinstellungen in Abhängigkeit von der Wahrnehmung der Umweltqualität



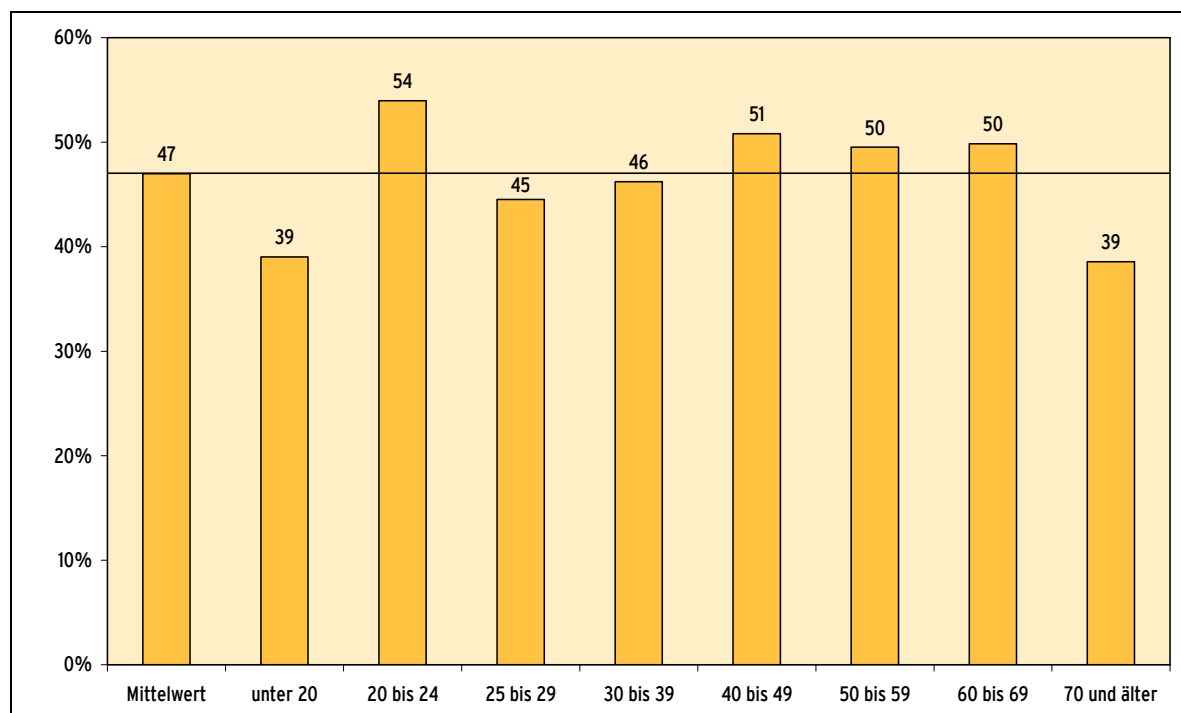
Die Gesamtskala Pro-Umwelteinstellungen misst das Umweltbewusstsein und kann Werte zwischen 12 und 60 Punkten annehmen.

Die Wahrnehmung von Umweltrisiken

Für die Einschätzung des persönlichen Gefährdungspotenzials des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik erweisen sich die sozio-demographischen Variablen (mit Ausnahme der Bildung) als deutlich stärkere Einflussgrößen. So findet man Differenzen zwischen den Geschlechtern: Frauen schätzen die Atomkraft (52% versus 43%) und die Gentechnik (45% versus 38%) häufiger als „äußerst“ oder „sehr gefährlich“ ein als Männer. Bezüglich der Einschätzung des Klimawandels unterscheiden sich die Geschlechter allerdings nicht.

Es zeigen sich auch Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Mit Abstand am wenigsten persönlich bedroht fühlen sich die jüngsten Befragten im Alter von 18 und 19 Jahren und die Befragten aus der 70plus-Altersgruppe. In punkto Risikowahrnehmung des Klimawandels ist auffällig: Unter den 20- bis 24-jährigen nimmt das Gefahrenbewusstsein für den Klimawandel stark zu und erreicht hier den höchsten Wert im Vergleich aller Altersgruppen, zwischen 25 und 29 Jahren sinkt es jedoch wieder ab. Eine weitere Ausdifferenzierung nach der jeweiligen Lebensphase der Befragten, insbesondere in Hinblick auf das Vorhandensein von Kindern, ergibt keine zusätzlich bemerkenswerten Unterschiede in der Risikowahrnehmung des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik.

Abbildung 7: Empfundene Gefährdung durch den Klimawandel



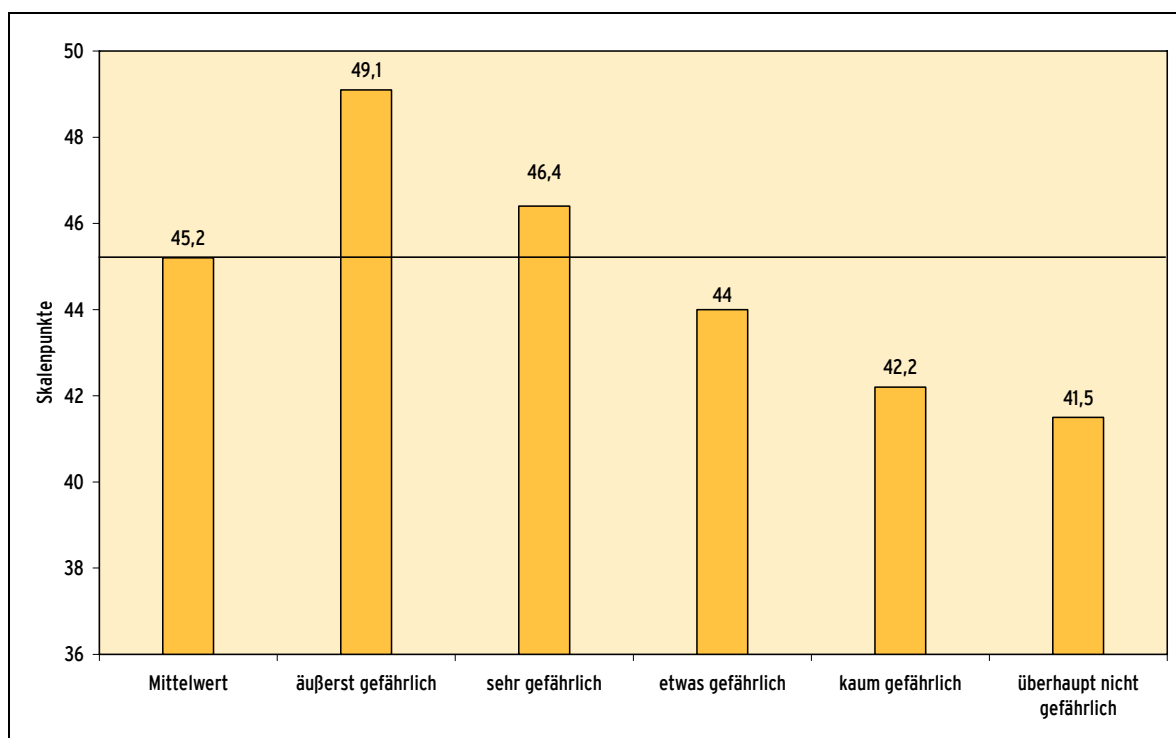
Frage: Wie gefährlich ist eine durch den „Treibhauseffekt“ verursachte weltweite Klimaveränderung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?
Angabe ist der Anteil der Personen, die Klimaveränderungen „äußerst gefährlich“ oder „sehr gefährlich“ einschätzen.

Die regionale Herkunft spielt ebenfalls, zumindest teilweise, eine Rolle: Zwar sind in der Risikowahrnehmung des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik keine Unterschiede zwischen Stadt- und Landbewohnern festzustellen, doch existiert bezüglich der Einschätzung des Gefahrenpotenzials der Atomkraft und der Gentechnik ein Ost-West-Gefälle: Befragte aus den westlichen Bundesländern fühlen sich stärker beunruhigt.

Die Beunruhigung über einen Klimawandel und die möglicherweise damit verbundenen Folgen, wie z.B. Überschwemmungen, sind unter den Befragten aus den küstennahen Bundesländern und unter Befragten aus den von der letzten großen Elbflut im Jahr 2002 besonders betroffenen Bundesländern nicht größer als im Bundesdurchschnitt.

Zwischen dem Umweltbewusstsein und der Risikowahrnehmung existiert ein hoch signifikanter Zusammenhang: Je höher das Umweltbewusstsein einer Person ist, desto höher schätzt sie auch die Risiken des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik ein.

Abbildung 8: Allgemeine Umwelteinstellungen in Abhängigkeit der empfundenen Gefährdung durch den Klimawandel



Die Gesamtskala Pro-Umwelteinstellungen misst das Umweltbewusstsein und kann Werte zwischen 12 und 60 Punkten annehmen.

Effekte der Wertorientierungen

Auf die Wahrnehmung der vier Umweltqualitäten haben die persönlichen Werte, die jedem Einzelnen in seinem Leben wichtig sind, nur einen moderaten Einfluss.

Indes ist die Risikowahrnehmung des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik in weitaus stärkerem Maße von den Werthaltungen der Befragten bestimmt. Dieses Phänomen ist auch aus der Risikoforschung bekannt (vgl. Peters/Slovic 1996; Wildavsky 1993), wobei neuere Untersuchungen diesen Einfluss teilweise relativieren (vgl. Zwick/Renn 2002, S. 142f.). In der Umweltbewusstseinsstudie erweist sich der Einfluss der Werthaltungen auf die Risikowahrnehmung durchgängig als hochsignifikant. Ihre Erklärungskraft ist zudem deutlich stärker als der Einfluss sozio-demographischer Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Bildung.

Tabelle 6: Empfundene Gefährdung nach Wertetyp

Anteil der Befragten, die die folgenden Phänomene als „äußerst“ oder „sehr gefährlich für sich und die eigene Familie halten“ Angaben in %	Klimawandel	Atomkraft	Gentechnik
Wertpluralisten	47	44	43
Hedo-Materialisten	34	34	29
Engagierte Idealisten	69	71	61
Pflichtbewusste	36	41	34
Wertedistanzierte	45	51	37

Die *Engagierten Idealisten* sind unter denjenigen, die ein hohes persönliches Risiko bezüglich des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik wahrnehmen, deutlich überrepräsentiert, während die *Hedo-Materialisten* hier weit unterrepräsentiert sind. Auffällig ist ferner, dass auch die *Pflichtbewussten* ein unterdurchschnittliches Gefahrenbewusstsein aufweisen. Interessant: Die *Wertedistanzierten* zeigen nach den *Engagierten Idealisten* die größte Beunruhigung in punkto Atomkraft. Generell zeigt sich beim eher jungen, männlich dominierten Wertetypus des *Hedo-Materialisten* die Ambivalenz zwischen den Annehmlichkeiten eines konsum- und komfortorientierten Lebensstils und der ja durchaus wahrgenommenen Bedrohlichkeit des Klimawandels am deutlichsten – denn immerhin schätzt auch ein Drittel der *Hedo-Materialisten* den Klimawandel als „äußerst“ oder „sehr gefährlich für sich und die eigene Familie ein“ (vgl. hierzu auch Zwick/Renn 2002, S. 138).

Effekte des Umweltengagements

Wie stark unterscheiden sich *Umweltengagierte* und *Umweltpassive* in der Art ihrer Wahrnehmung von Umweltproblemen und -risiken? Bei der Identifikation dieser beiden Gruppen machen wir weniger die Umwelteinstellungen zum Maßstab, sondern zielen stattdessen stärker auf Verhaltensweisen und persönliches Engagement ab. Zur Bestimmung der zwei Gruppen werden folgende Indikatoren berücksichtigt:

	Indikatorvariable	Ausprägung
1.	Wichtigstes Problem in Deutschland	offene Frage: Umweltschutz als wichtigstes Problem genannt
2.	Persönliches Verhalten zum Umweltschutz	offene Frage: mind. 3 relevante Angaben gemacht
3.	Bezug von Ökostrom	beziehe bereits Ökostrom
4.	Zahlungsbereitschaft	sehr bereit bei einem der 3 Items: höhere Preise für umweltschonende Produkte höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz mehr Geld für fair gehandelte Produkte
5.	Achten auf Blauen Engel	ja
6.	Achten auf Bio-Siegel	immer
7.	Mitgliedschaft in einer Umwelt- oder Naturschutzorganisation	ja
8.	Geldspende	ja
9.	Aktives Engagement in einer Umwelt- oder Naturschutzgruppe	mache ich bereits

Wer mindestens drei dieser Kriterien erfüllt, wird im Folgenden zur Gruppe der *Umweltengagierten* gezählt. Diese Gruppe umfasst 25% der Stichprobe. Wer keines der Kriterien erfüllt, wird zu den *Umweltpassiven* gezählt, die einen Anteil von 29% der Stichprobe ausmachen. Ein bis zwei Kriterien erfüllen 47% der Befragten, sie stellen somit den „Mainstream“ in der Bevölke-

rung dar. Der Fokus liegt im Folgenden auf den beiden „Extremgruppen“, den *Umweltengagierten* und den *Umweltpassiven*.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Sozial- und Wertestruktur dieser beiden Gruppen.

Tabelle 7: Sozial- und Wertestruktur der Umweltpassiven und der Umweltengagierten

	Umweltengagierte (Anteil in der Stichprobe: 25%)	Umweltpassive (Anteil in der Stichprobe: 29%)
Geschlecht	Keine Unterschiede	Keine Unterschiede
Alter	50- bis 69-Jährige überrepräsentiert	18- bis 39-Jährige überrepräsentiert
Lebensphase	Familien mit älteren Kindern ab sieben Jahren, Partnerhaushalte 40 bis 60 Jahre und Partnerhaushalte ab 60 Jahren sind überrepräsentiert	Junge Singlehaushalte, junge Paare ohne Kinder und Alleinerziehende sind überrepräsentiert
Formaler Bildungsgrad	Hohe formale Bildung überrepräsentiert, niedrige formale Bildung unterrepräsentiert	Niedrige formale Bildung überrepräsentiert, hohe formale Bildung unterrepräsentiert
Einkommen	Höhere Einkommensgruppen sind leicht überrepräsentiert	Untere Einkommensgruppen sind leicht überrepräsentiert
Wohnortgröße	In Großstädten mit 500.000 und mehr Einwohnern leicht überrepräsentiert (29%)	In Gemeinden unter 5.000 Einwohnern stark überrepräsentiert (43%)
Parteipräferenz	Unter den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen stark überrepräsentiert (56%)	Unter den Wählern der FDP überrepräsentiert (35%)
Wertetypen	Engagierte Idealisten stark überrepräsentiert, Wertepluralisten überrepräsentiert	Pflichtbewusste, Hedo-Materialisten, Wertedistanzierte überrepräsentiert

Die *Umweltengagierten* beurteilen die Umweltqualität – gleichgültig ob es sich um die lokale, nationale, europäische oder globale handelt – signifikant schlechter als die *Umweltpassiven*. Es fällt jedoch ins Auge, dass sich die beiden Gruppen in der Wahrnehmung der lokalen und nationalen Umweltqualität gar nicht so stark voneinander unterscheiden. Erst mit zunehmendem Abstand zu den vertrauten Gefilden, driftet die Wahrnehmung der *Umweltengagierten* und *Umweltpassiven* stärker auseinander.

Tabelle 8: Umweltengagierte vs. Umweltpassive – Wahrnehmung der Umweltqualität

Anteil der Befragten, die die Umweltqualität als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“ einschätzen Angaben in %	eigene Stadt/ eigene Gemeinde	Deutschland	Europa	weltweit
Insgesamt	16	34	71	91
Umweltengagierte	18	40	80	97
Umweltpassive	15	33	68	89

In der Risikowahrnehmung des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik sind die Differenzen zwischen den *Umweltengagierten* und *Umweltpassiven* deutlich stärker als bei der Wahrnehmung der Umweltqualität. Die Zahl der sich bedroht fühlenden Befragten ist unter den *Umweltengagierten* für alle Risiken annähernd doppelt so hoch wie unter den *Umweltpassiven*.

Tabelle 9: Umweltengagierte vs. Umweltpassive – Empfundene Gefährdung

Anteil der Befragten, die die folgenden Phänomene als „äußerst“ oder „sehr gefährlich für sich und die eigene Familie halten“ Angaben in %	Klimawandel	Atomkraft	Gentechnik
Insgesamt	47	47	42
Umweltengagierte	65	64	58
Umweltpassive	34	33	29

Speziell im Fokus: Umweltrisiko Klimawandel

Der globale Klimawandel hat spätestens seit der Veröffentlichung des vierten Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Februar 2007 eine immense Aufmerksamkeit in der Medienberichterstattung erhalten. Wir haben deshalb die Wahrnehmung des Klimawandels noch einmal besonders unter die Lupe genommen und eine Indexvariable „Klimabewusstsein“ gebildet. Als klimabewusst bezeichnen wir eine Person dann,

- wenn Sie über das Problem globaler Erwärmung Bescheid weiß,
- wenn sie die damit verbundenen Probleme kennt,
- wenn sie für einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien plädiert,
- wenn sie sich für den Ausbau der verschiedenen Formen erneuerbarer Energien ausspricht,
- wenn sie auch im eigenen Alltagsleben auf sparsamen Umgang mit Energie Wert legt,
- wenn sie beim Kauf von Elektrogeräten auf deren Energieverbrauch achtet.

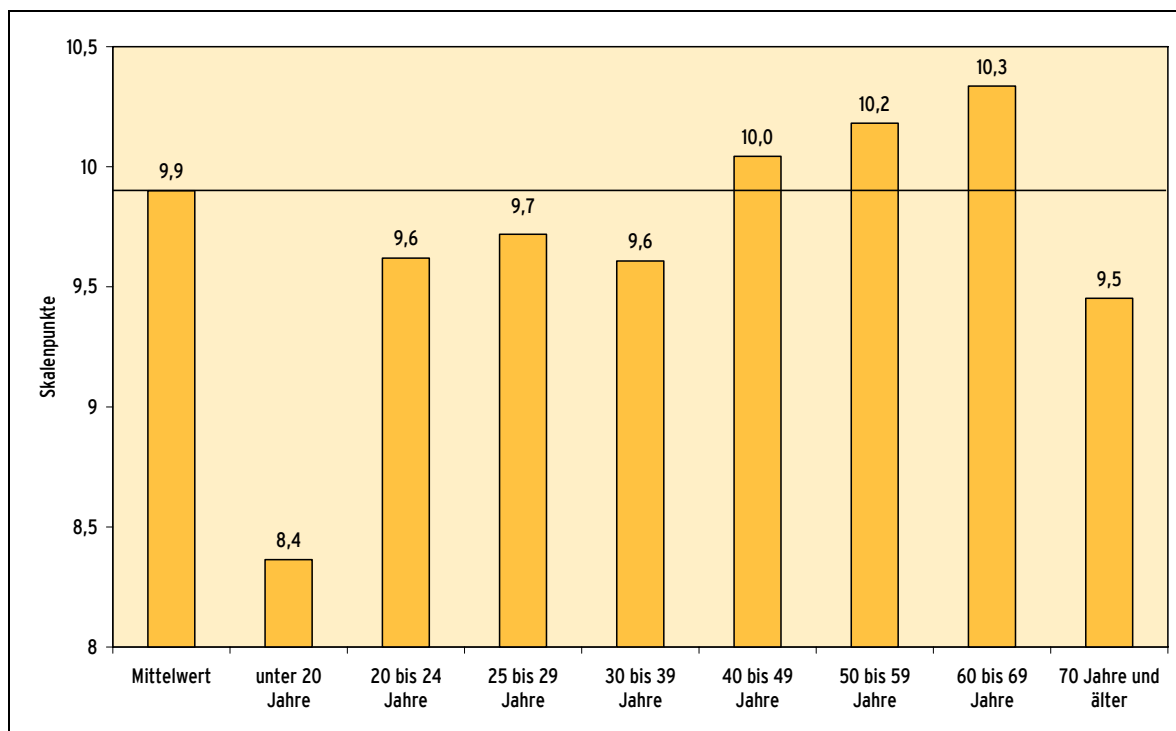
Der Fragebogen der vorliegenden Studie enthält eine Vielzahl von Fragen, die den Themenbereich Klimawandel und Energie betreffen. Auf der Basis von 30 ausgewählten Fragen haben wir einen Index „Klimabewusstsein“ konstruiert⁷. Theoretisch konnte eine Person dann, wenn sie bei allen Fragen eine positive Antwort gegeben hat, einen Höchstpunktwert von 30 erreichen. Der Mittelwert aller 2.034 Befragten beträgt 9,8 Punkte. Eine Bewertung dieses Punktwertes im Sinne von „Die Deutschen haben ein hohes/niedriges Klimabewusstsein“ ist kaum sinnvoll, denn dies würde die normative Festlegung eines Grenzwertes erfordern, was in punkto „Klimabewusstsein“ ebenso wenig sinnvoll erscheint wie bei der Messung anderer menschlicher Eigenschaften. Mit der Messung der Eigenschaft „Klimabewusstsein“ können wir Personen bzw. Personengruppen in Relation zu anderen Personen einstufen, wo ggf. Grenzwerte zu ziehen wären und welche Bewertungen vorzunehmen sind, geht nicht aus den Daten selbst hervor, sondern kann nur auf der Grundlage von Kriterien erfolgen, die von außen herangetragen werden. Zum Vergleich mag man sich die CO₂-Emissionen von Kraftfahrzeugen vor Augen halten: Wenn ein Toyota Prius 104g/km emittiert, ein Audi 4 159g und Mazda 6 165g, so erlaubt dies zunächst nur das Aufstellen einer Reihenfolge, die Festlegung eines Grenzwertes kann nur aufgrund anderer, externer Kriterien erfolgen.

Es zeigt sich, dass das Klimabewusstsein signifikant nach Alter und Bildung variiert. Die folgende Grafik, in der nach Altersgruppen aufgegliedert wurde, zeigt drei bemerkenswerte Auffälligkeiten:

1. Die Altersgruppe der jüngsten Befragten unter 20 Jahren weicht stark negativ ab. Hier ist das Bewusstsein für den Klimawandel und seine Folgen am mit Abstand geringsten.

2. Von den beginnenden Zwanzigern bis zu den 69-Jährigen ist ein langsamer, aber sehr stetiger Zuwachs zu verzeichnen. In diesem Bereich sind die Unterschiede nicht sonderlich gravierend, doch lässt sich insgesamt deutlich ein linearer Anstieg über die Zeit erkennen.
3. Ab dem siebzigsten Lebensjahr fällt die Kurve dann allerdings steil bergab, so dass die 70plus Altersgruppe nach den 18- bis 20-Jährigen die Gruppe mit dem geringsten Klimabewusstsein darstellt.

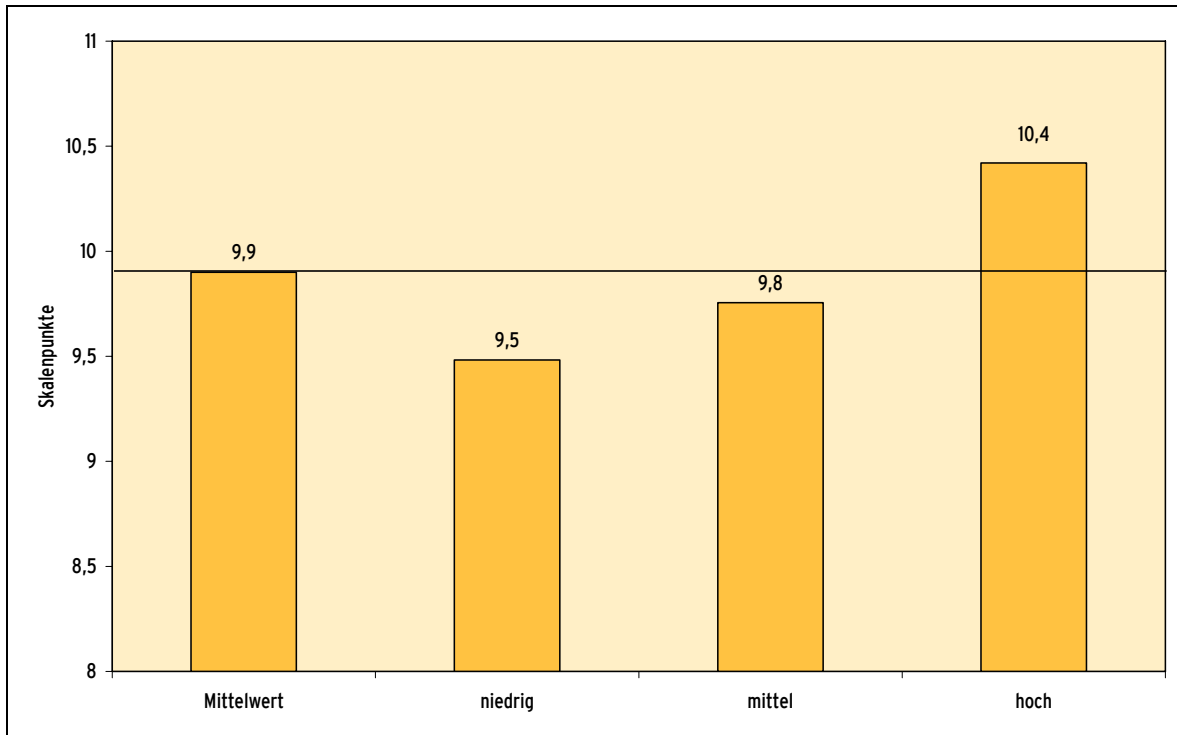
Abbildung 9: Klimabewusstsein in Abhängigkeit des Alters



*Die Indexvariable „Klimabewusstsein“ kann Werte zwischen 0 und 30 annehmen.

Der Vergleich zwischen den Bildungsstufen macht es unmissverständlich deutlich: Bildung hat offenkundig einen ganz erheblichen Einfluss auf die Sensibilität in punkto Klimawandel. Dies gilt ganz besonders für die Gruppe mit dem höchsten Bildungsniveau (Abitur, ggf. mit Hochschulausbildung), die sich weitaus stärker vom mittleren Bildungsniveau unterscheidet als dieses von der geringsten Bildungsstufe (Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss).

Abbildung 10: Klimabewusstsein in Abhängigkeit von der Bildung



*Die Indexvariable „Klimabewusstsein“ kann Werte zwischen 0 und 30 annehmen.

3 Einschätzung der umweltpolitischen Instrumente

Eine wirksame Umwelt- und Klimaschutzpolitik braucht die Unterstützung der Bevölkerung. Dabei wird die Akzeptanz entsprechender Maßnahmen umso größer sein, je stärker die Öffentlichkeit für Umweltthemen sensibilisiert ist und je mehr Möglichkeiten zur Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung in Angelegenheiten des Umwelt- und Klimaschutzes bestehen (vgl. auch Diekmann 2005; Franzen/Meyer 2004). Ohne Zweifel ist der Umweltschutz im Allgemeinen gesellschaftlich wie politisch fest institutionalisiert. Als politischem Aufgabenbereich misst die Bevölkerung dem Umweltschutz seit Jahren eine konstant hohe Bedeutung bei. So liegt die Zahl der Deutschen, die die Umweltpolitik als politische Aufgabe für „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ halten seit dem Jahr 2000 sehr beständig zwischen 92% und 94%. Zwar erreicht die Umweltpolitik – insbesondere bei der Einstufung „sehr wichtig“ – nicht so hohe Werte wie die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Renten- oder Gesundheitspolitik, doch hielt man sie an insgesamt vier Messzeitpunkten (Erhebungen der Jahre 2000, 2002, 2004, 2006) durchgängig für wichtiger als etwa die Terrorismusbekämpfung oder die Ausländerpolitik.

Tabelle xx zeigt die nach Geschlecht, Alter und Bildung aufgegliederten Prozentanteile von Personen, die den politischen Aufgabenbereich „Umweltschutz“ als „sehr wichtig“ einstufen. Die Zahl der Frauen, die den Umweltschutz als „sehr wichtig“ einstufen, ist erheblich größer als die der Männer. Am stärksten waren die Differenzen in den Jahren 2002 und 2004. Auch in Bezug auf die Altersgruppen zeigen sich Differenzen und Veränderungen über die Zeit. Unter den 18- und 19-Jährigen der Befragten hat die politische Relevanz des Umweltschutzes seit dem Jahr 2000 kontinuierlich abgenommen, bis zum Jahr 2004 galt dies auch für die 20- bis 24-Jährigen. In der Erhebung 2006 ist in dieser Altersgruppe aber wieder ein starker Bedeutungszuwachs des Umweltschutzes festzustellen. Der Bildungsgrad erweist sich im Zeitvergleich eher als schwacher Einflussfaktor.

Tabelle 10: Bedeutsamkeit des Umweltschutzes als politischer Aufgabenbereich

Anteil derjenigen, die den politischen Aufgabenbereich „für wirksamen Umweltschutz sorgen“ als „sehr wichtig“ einstufen Angaben in %	2000	2002	2004	2006
Insgesamt	53	51	45	50
Frauen	58	57	50	54
Männer	49	43	39	45
18- bis 19-Jährige	51	43	34	29
20- bis 24-Jährige	48	46	34	42
niedrige formale Bildung	52	50	39	48
mittlere formale Bildung	54	49	44	49
hohe formale Bildung	57	54	52	52

Anweisung: Ich lese Ihnen nun verschiedene politische Aufgabenbereiche vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie persönlich die Aufgabe für sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder für überhaupt nicht wichtig halten.

Tabelle 9 zeigt eine ähnliche Aufschlüsselung nach sozio-demographischen Merkmalen für die Frage der Bewertung der Umweltpolitik der Bundesregierung. 70% der Befragten möchten, dass die Bundesregierung mehr für den Umweltschutz unternimmt. Das ist gegenüber den Erhebungen der Jahre 2002 und 2004, in denen dieser Anteil im Vergleich mit der Erhebung 2000 deutlich gesunken war, wieder eine recht beachtliche Steigerung. Frauen sprechen sich im zeit-

lichen Vergleich generell noch nachdrücklicher als Männer für ein stärkeres Umweltengagement der Bundesregierung aus. Seit der Erhebung 2004 haben sich Frauen und Männer in ihrer Einschätzung jedoch etwas angeglichen.

Tabelle 11: Einschätzung der Umweltpolitik der Bundesregierung

Anteil derjenigen, die der Meinung sind die Regierung solle mehr für den Umweltschutz tun. Angaben in %	2000	2002	2004	2006
Insgesamt	73	65	63	70
Frauen	78	70	66	73
Männer	69	59	59	66
18- bis 19-Jährige	76	65	56	63
20- bis 24-Jährige	77	70	57	76
niedrige formale Bildung	70	62	61	65
mittlere formale Bildung	75	64	61	69
hohe formale Bildung	76	68	66	75

Frage: Wenn Sie die Politik der Bundesregierung bewerten, soll die Regierung Ihrer Meinung nach insgesamt mehr für den Umweltschutz tun, weniger für den Umweltschutz tun, oder ist es so richtig, wie es derzeit ist?

Betrachtet man nur die Jahre 2000 bis 2004, scheint es so, als würde die Meinung, die Bundesregierung solle mehr für die Umwelt tun, in der jüngeren Generation der 18- bis 19-Jährigen und der 20- bis 24-Jährigen kontinuierlich an Befürwortern verlieren. In der aktuellen Erhebung 2006 fand jedoch ein auffälliger Meinungsumschwung statt, am deutlichsten unter den 20- bis 24-Jährigen. Hier hat der Anteil derjenigen, die ein stärkeres Umweltschutzengagement der Regierung fordern, gegenüber dem Jahr 2004 um fast 20 Prozentpunkte zugelegt. Auch eine Differenzierung nach dem Grad der Bildung der Befragten zeigt, dass in allen Bildungsstufen aktuell wieder höhere Werte als in den Jahren 2002 und 2004 festzustellen sind. Jedoch werden nur unter Personen mit hoher formaler Bildung abermals die Spitzenwerte aus dem Jahr 2000 erreicht.

Wer von der Bundesregierung ein größeres Engagement in Sachen Umweltschutz erwartet, weist auch selbst ein hohes Maß an Eigenverantwortung für den Schutz der Umwelt auf, verlässt sich hier also nicht nur auf die anderen oder den Staat (vgl. hierzu auch Buba/Globisch 2005, S. 160ff.). Umgekehrt zeigen sich Personen mit geringem persönlichem Verantwortungsbewusstsein (vgl. Kapitel 1.2) in dieser Frage auch gegenüber den politisch Verantwortlichen gelassen, wenn nicht sogar gleichgültig. Darunter sind vorrangig Befragte, die auf Grund ihrer individuellen Wertestruktur zu den *Hedo-Materialisten* und den *Pflichtbewussten* zählen.

Recht kontrovers sind die Antworten auf die Frage, ob die bestehenden Umweltgesetze ausreichen oder nicht. Die größere Gruppe der Bevölkerung – annähernd die Hälfte – hält die bestehenden Gesetze für unzureichend. Die kleinere Gruppe, im betrachteten Zeitraum von 1996 bis 2006 zwischen 32% und 41% groß, glaubt, die Gesetze seien ausreichend. Nachdem diese Gruppe zwischen 1996 und 2004 kontinuierlich an Umfang zugelegt hat, zeigt sich 2006 erstmals seit 10 Jahren ein Rückgang. Ob es sich dabei tatsächlich um eine Trendwende handelt, bleibt abzuwarten. Im gesamten Zeitraum repräsentiert allerdings die Position, die nach einer Verschärfung der Umweltgesetze verlangt, eine deutliche Mehrheit.

Betrachtet man in diesem Kontext darüber hinaus die unterschiedlichen Wertetypen in der Bevölkerung, so schält sich das persönliche Verantwortungsbewusstsein in Fragen des Umwelt-

schutzes auch hier als ein bedeutender Einflussfaktor heraus. Vor allem die *Engagierten Idealisten* (63% vs. 50%), aber auch die *Wertedistanzierten* (56% vs. 50%) sind signifikant häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt der Meinung, die derzeitige Umweltschutzgesetzgebung sei nicht wirksam genug.

Tabelle 12: Ausreichen der bestehenden Umweltgesetze

Anteil derjenigen, die glauben, dass die in Deutschland bestehenden Gesetze zum Schutz der Umwelt <u>nicht</u> ausreichen Angaben in %	1996	1998	2000	2002	2004	2006
Insgesamt	53	46	53	46	46	50
Frauen	57	47	55	49	49	52
Männer	50	45	50	43	44	49
niedrige formale Bildung	47	43	48	39	43	49
mittlere formale Bildung	57	44	53	49	48	50
hohe formale Bildung	63	57	57	51	50	54
Anteil derjenigen, die glauben, dass die in Deutschland bestehenden Gesetze zum Schutz der Umwelt ausreichen Angaben in %	1996	1998	2000	2002	2004	2006
Insgesamt	32	37	34	39	41	38

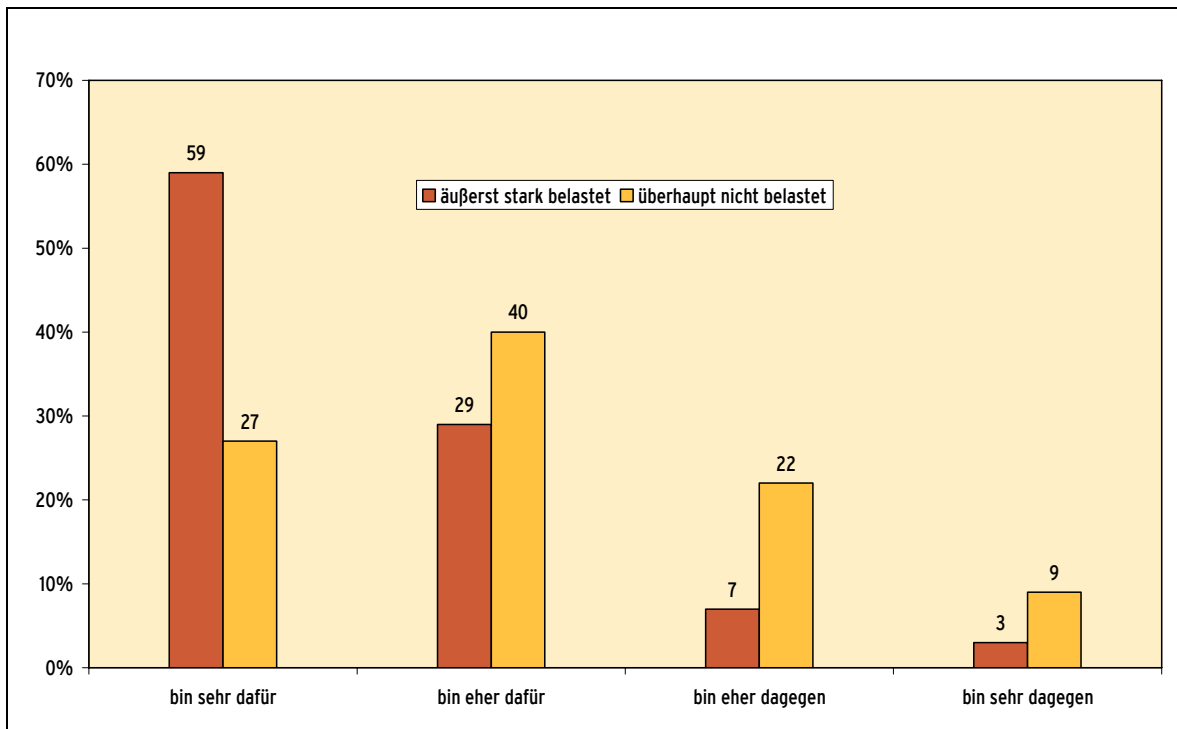
3.1 Ordnungsrechtliche Instrumente der Umwelt- und Klimaschutzpolitik

Im Folgenden nun wird die Meinung der Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen umwelt- und klimaschutzpolitischen Maßnahmen genauer unter die Lupe genommen. Zur Diskussion steht hier eine Auswahl ordnungsrechtlicher und ökonomischer Instrumente (vgl. zum Instrumentenmix moderner Umweltpolitik z.B. Jänicke 2005 S. 52ff.). Ordnungsrechtliche Instrumente (z.B. Ge- und Verbote) waren in den Anfängen der Umweltpolitik das Mittel der Wahl. Viele umweltpolitische Erfolge – z.B. in der Luftreinhaltung und im Gewässerschutz – sind auf eine entsprechende Umweltgesetzgebung zurückzuführen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte beständig erweitert wurde. Eine große Rolle spielen hierbei staatliche Vorgaben – etwa in Form von Grenzwerten oder Mengenvorgaben – deren Nichteinhaltung mit Sanktionen verbunden ist. Ordnungsrechtliche Instrumente können die Handlungsmöglichkeiten der betroffenen Akteure (z.B. die Wirtschaft) stark einschränken, deshalb kam es auch immer wieder zu ablehnenden Reaktionen. Es wurden deshalb zunehmend mehr Instrumente entwickelt, die größere Anpassungsspielräume ermöglichen und die stärker auf die Eigenverantwortung der Akteure abzielen – wie z.B. ökonomische Instrumente oder freiwillige Selbstverpflichtungen (vgl. Jänicke 2005, S. 57). Wenn es um eine unmittelbare und zügige Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen und Umweltgefahren geht, sind ordnungsrechtliche Instrumente jedoch nach wie vor unentbehrlich.

Die Bürgerinnen und Bürger wären von der restriktiven Wirkung ordnungsrechtlicher Instrumente vor allem im Zusammenhang mit einer umweltorientierten Verkehrsgestaltung in Städten betroffen. Nicht nur unter Experten ist man sich einig, dass sich die verkehrsbedingten Umweltbelastungen durch einen hohen und ansteigenden Kohlendioxidausstoß weiter verschärfen werden (vgl. z.B. Bratzel 1999; 2005). Auch die Bürgerinnen und Bürger selbst machen

den wachsenden „Verkehrsproblemdruck“ in vielen Städten für gesundheitliche Belastungen verantwortlich. Annähernd jeder vierte Deutsche fühlt sich beispielsweise durch Feinstaub äußerst stark oder stark belastet. Ferner zählen Autoabgase und Straßenverkehrslärm unter den von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommenen Belästigungen im Wohnumfeld ganz eindeutig zu den größten Störfaktoren, weit vor Flugverkehrslärm oder Industrie- und Gewerbelärm. Die Bürgerinnen und Bürger tragen natürlich selbst in beträchtlichem Maße zu diesem Problemdruck bei, denn immerhin nutzen mehr als zwei Drittel der Deutschen (68%) im Nahverkehr täglich oder mehrmals pro Woche das Auto. Droht jedoch eine persönliche (gesundheitliche) Betroffenheit, scheint die Bereitschaft groß zu sein, ordnungsrechtliche Einschränkungen der Automobilität in Kauf zu nehmen. So würden 79% der Deutschen eine vorübergehende Sperrung von Straßen für LKW und PKW begrüßen, wenn dadurch die Feinstaubbelastung verringert würde.

Abbildung 11: Zustimmung zu Maßnahmen, um die Feinstaubbelastung zu verringern, in Abhängigkeit von der subjektiv empfundenen Belastung



Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in größeren Städten Maßnahmen zur Verringerung der Feinstaubbelastung durchgeführt werden, z.B. Straßen vorübergehend für LKW und PKW gesperrt werden?

Die obige Abbildung zeigt, dass die Zustimmung zu Maßnahmen gegen Feinstaubbelastung stark vom Gefühl persönlicher Betroffenheit abhängt. Nur 27% derjenigen, die sich überhaupt nicht belastet fühlen, wäre für solche Maßnahmen. Umgekehrt steigt unter den Befragten, die sich durch Feinstaub äußerst stark oder stark gesundheitlich belastet fühlen, die Zustimmungssquote sogar bis auf 88% (59% sind „sehr dafür“ und 29% „eher dafür“). Addiert man die Anteile von „bin sehr dafür“ und „eher dafür“, findet sich aber selbst unter den Befragten, die sich durch Feinstaub überhaupt nicht gesundheitlich belastet fühlen, eine Mehrheit von 67%, die sich für Straßensperrungen ausspricht. Im Gegensatz zur Innenstadtmaut – die als Sonderabgabe zu den marktorientierten bzw. ökonomischen Instrumenten zählt – würde eine vorüberge-

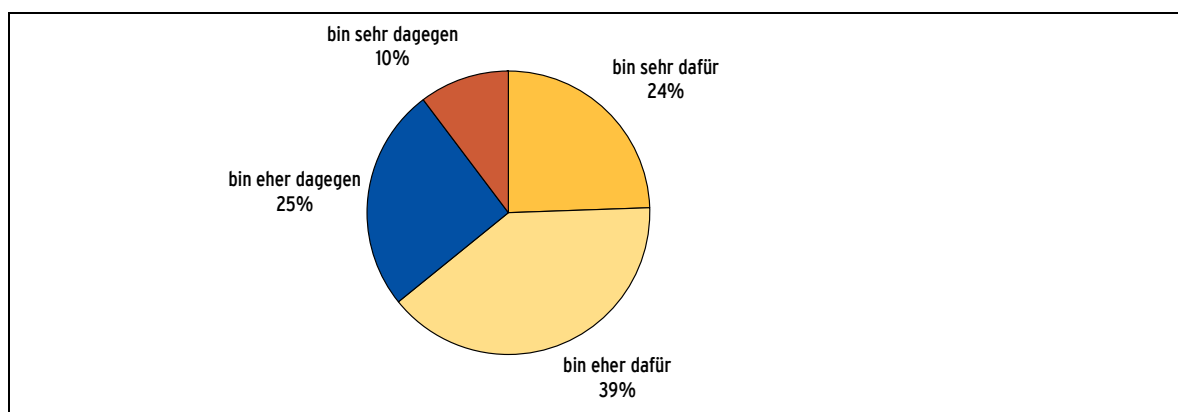
hende Straßensperrung bei hoher Feinstaubbelastung den Einzelnen aber auch kein Geld kosten.

Die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt größte Ablehnung erfährt die hier erörterte Maßnahme zur Verringerung der Feinstaubbelastung unter Personen, für die hedonistische und materielle Wertorientierungen eine besonders große Rolle spielen – den sogenannten *Hedo-Materialisten*. Dies dürfte kein Zufall sein, denn sie gehören unter den in Kapitel 1.3 angesprochenen Wertetypen auch zu denen, die im Nahverkehr am häufigsten das Auto nutzen. Neben den persönlichen Wertorientierungen wirkt sich die Höhe des Umweltbewusstseins der Befragten auf die Einstellung zu einer vorübergehenden Straßensperrung bei hoher Feinstaubbelastung aus. Vor allem Befragte, die angeben, sie seien „sehr dafür“, haben ein auffällig hohes Umweltbewusstsein.

Eine ebenfalls restriktive Maßnahme einer umweltorientierten Verkehrsgestaltung stellt die weitgehende Sperrung der Innenstädte für den Autoverkehr dar. Auch dafür könnten sich immerhin 63% der Bürgerinnen und Bürger erwärmen. Befragte mit einem hohen Nachhaltigkeits-, Verantwortungs- und Krisenbewusstsein sprechen sich erneut deutlich nachdrücklicher für diesen Vorschlag aus. Ob man in der Großstadt oder auf dem Land, an einer stark befahrenen Hauptverkehrsstraße oder in einer ruhigen Wohnstraße wohnt, spielt für die Zustimmung oder Ablehnung dieser verkehrspolitischen Maßnahme keine Rolle.

Unter den Befürwortern findet man mehr Frauen als Männer (66% vs. 60%) sowie etwas mehr Personen mit einem hohen formalen Bildungsgrad (68% Zustimmung vs. 63% insgesamt). Ferner sprechen sich Personen ab 60 Jahren häufiger als der Durchschnitt für eine Sperrung der Innenstädte für den Autoverkehr aus. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland bzw. des wachsenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung dürfte die Zustimmung zu dieser Maßnahme in den nächsten Jahren also eher zunehmen. Zugleich ist aber auch zu erwarten, dass zukünftig viele ältere Menschen mit der Erfahrung der PKW-Nutzung immer seltener auf Busse und Bahnen umsteigen und stattdessen weiterhin den motorisierten Individualverkehr vorziehen (vgl. hierzu Canzler u.a. 2007, S. 22f.).

Abbildung 12: Zustimmung zur Sperrung von Innenstädten für den Autoverkehr

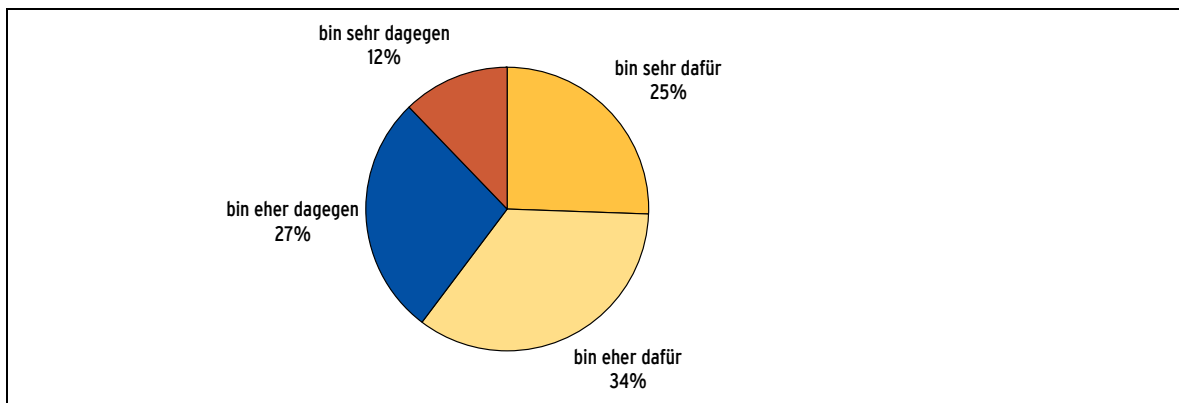


Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in größeren Städten die Innenstadt weitgehend für den Autoverkehr gesperrt wird? (ohne Kategorie „weiß nicht“)

Wer spricht sich eher gegen eine Sperrung der Innenstädte für den Autoverkehr aus? Man vermutet sogleich, dass unter den Gegnern vor allem die täglichen Autofahrerinnen und -fahrer zahlreicher als im Durchschnitt vertreten sein müssten. Dies ist auch der Fall, doch ist die Diffe-

renz im Verhältnis zum Bevölkerungsdurchschnitt nicht so ausgeprägt, wie man vielleicht vermutet hätte – nämlich 43% Ablehnung unter den täglichen Autofahrerinnen und -fahrern im Vergleich zu 35% insgesamt. Andererseits sinkt die Ablehnungsquote unter denjenigen, die seltener als einmal pro Woche mit dem Auto fahren, auf 22% und ist damit fast um die Hälfte niedriger als unter den täglichen Autofahrerinnen und -fahrern. Als verstärkende und weitere wesentliche Faktoren für die Ablehnung dieser verkehrspolitischen Maßnahme erweisen sich die gegenwärtige Lebensphase und die bestimmenden Werthaltungen der Befragten heraus. Vor allem junge Familien mit mindestens einem Kleinkind unter sieben Jahren sowie junge Paare ohne Kinder möchten häufiger als der Durchschnitt, dass die Innenstädte für den Autoverkehr offen sind. Zu den Teilpopulationen, die sich am deutlichsten gegen eine Sperrung der Innenstadt für den Autoverkehr aussprechen, zählen die *Hedo-Materialisten*: 51% dieser Bevölkerungsgruppe sind gegen diese verkehrspolitische Maßnahme. Eigentümlicherweise findet man hier also zwei Gruppen Seite an Seite, die sonst fast immer, wenn es um umweltrelevante Fragen geht, auf den gegensätzlichen Polen des Meinungsspektrums angesiedelt sind.

Abbildung 13: Zustimmung zu Tempo 30 in Wohngebieten



Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in Wohngebieten innerorts mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 gelten soll? (ohne Kategorie „weiß nicht“)

Generelle Tempolimits – ob auf Autobahnen oder innerorts – sind immer in Deutschland schon eine umstrittene verkehrspolitische Maßnahme gewesen. Mit einem Anteil von 59% ist die Zustimmung der Bevölkerung zu Tempo 30 innerorts (mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen) aber recht hoch. Hier bestätigt sich der im Zusammenhang mit der oben erörterten Maßnahme zur Verringerung der Feinstaubbelastung erstellte Befund, dass vor allem Befragte, die angeben, sie seien „sehr dafür“, ein auffällig hohes Nachhaltigkeits-, Verantwortungs- und Krisenbewusstsein haben. Mitentscheidend für die insgesamt recht hohe Zustimmung dürfte auch hier sein, dass diese Maßnahme zur Senkung von Schadstoffemissionen für den Einzelnen im Prinzip mit keinen Zahlungsverpflichtungen verbunden ist. Wie bei den zuletzt diskutierten verkehrspolitischen Maßnahmen findet ein Tempo-30-Limit innerorts unter den *Hedo-Materialisten* und den täglichen Autofahrerinnen und -fahrern die geringste Zustimmung. Erneut keine Rolle für die Zustimmung oder Ablehnung dieser verkehrspolitischen Maßnahme spielt die Tatsache, ob man in der Großstadt oder auf dem Land, an einer stark befahrenen Hauptverkehrsstraße oder in einer ruhigen Wohnstraße wohnt. Der Einfluss der sozialstrukturellen Faktoren Geschlecht, Bildung und Lebensphase stellt sich nun jedoch anders dar. So befürworten Frauen ein Tempo-30-Limit mit einem Anteil von 66% deutlich stärker als Männer mit einem Anteil von 51%. Ferner gilt: Je älter man ist und je niedriger der formale Bildungsgrad ausfällt, desto eher spricht

man sich für diese Maßnahme aus. Üblicherweise wirkt sich der Bildungsgrad in umgekehrter Richtung aus. Soll heißen: In der Regel ist ein höherer Bildungsgrad mit einer höheren Zustimmung zu umweltschutzorientierten Maßnahmen verbunden. Dies ist hier ausnahmsweise nicht der Fall. Ferner möchten junge Familien mit mindestens einem Kind unter sieben Jahren ihr Auto zwar nicht stehen lassen, um beispielsweise in die Innenstadt zu gelangen (siehe oben), sie sind wohl zum Schutz ihrer noch kleinen Kinder aber eher als Befragte aus anderen Lebensphasen bereit, ein Tempo-30-Limit in Kauf zu nehmen.

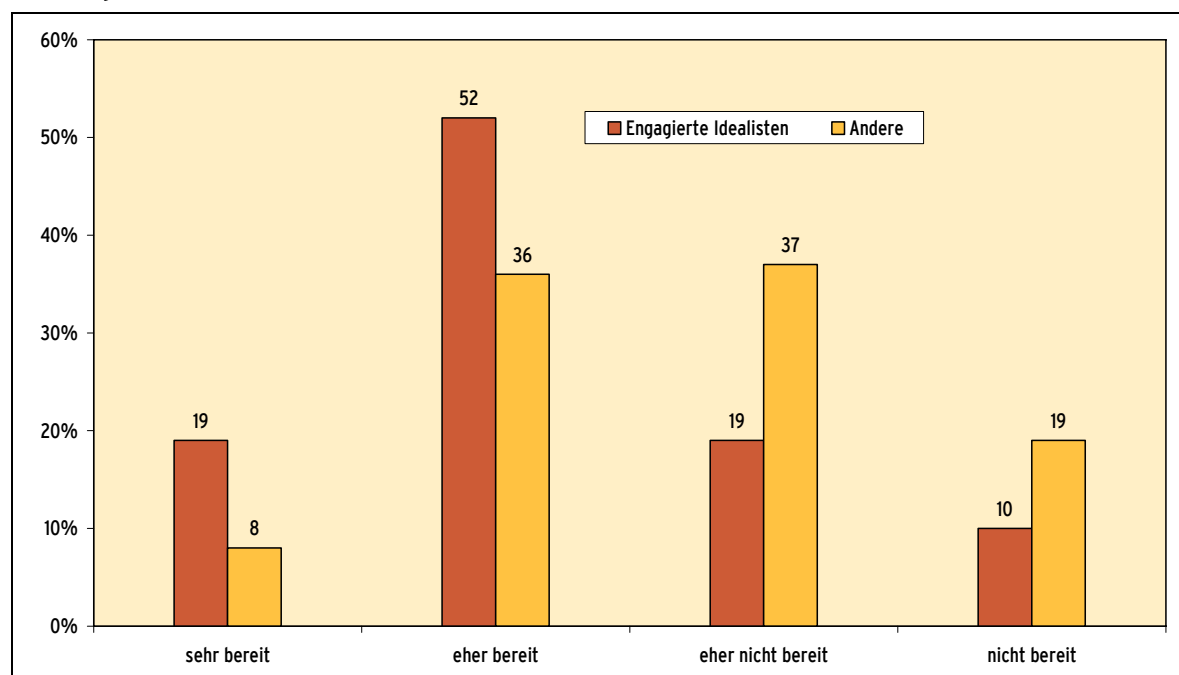
3.2 Ökonomische Instrumente der Umwelt- und Klimaschutzpolitik

Die Grundidee ökonomischer Instrumente besteht darin, finanzielle Anreize für umweltfreundliches Verhalten bzw. einen sparsamen Umgang mit Energie und Rohstoffen zu setzen. Dies geschieht beispielsweise durch eine höhere steuerliche Belastung des Energie- und Rohstoffverbrauchs oder auch des Einsatzes umweltschädlicher Stoffe. Wer die Umwelt stärker belastet, muss also mehr zahlen. Die Bevölkerung ist in diesem Punkt grundsätzlich gespalten. Wie in den folgenden Ausführungen noch deutlich werden wird, kommt es ganz entscheidend darauf an, wie an dieser Stelle argumentiert wird und welche inhaltlichen Schwerpunkte in den jeweiligen Kommunikationsstrategien gelegt werden.

Höhere Steuern für den Umweltschutz

Bei allgemeiner Nachfrage sind zwar 50% der Bürgerinnen und Bürger prinzipiell bereit, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, darunter sind aber nur 10%, die dazu „sehr bereit“ sind. 18% sind „nicht bereit“ höhere Steuern zu zahlen und ein weiteres Drittel ist dazu „eher nicht bereit“. Selbst unter den *Engagierten Idealisten* sind nur 19% „sehr bereit“ höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu zahlen.

Abbildung 14: Bereitschaft höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu zahlen



Frage: Inwieweit sind Sie persönlich bereit, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt ist, dass diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen?

Die Bürgerinnen und Bürger wären von ökonomischen Instrumenten der Umwelt- und Klimaschutzpolitik zum Beispiel im Falle höherer Energiesteuern unmittelbar betroffen. Die Akzeptanz höherer Energiesteuern hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Im Jahr 2006 konnten nur noch 41% der Befragten der Aussage zustimmen, dass höhere Energiesteuern zum Energiesparen anregen und dadurch die Umwelt entlasten würden – ein um 15% geringerer Anteil als im Jahr 2000.

Tabelle 13: Aussagen zur Steuerpolitik

Anteil derjenigen, die „voll und ganz“ oder „weitgehend“ zustimmen Angaben in %	2000	2002	2004	2006
Höhere Energiesteuern regen zum Energiesparen an und entlasten dadurch die Umwelt.	56	54	48	41
Wenn man Energie teurer und menschliche Arbeit billiger macht, dann schafft das zusätzliche Arbeitsplätze.	29	30	25	23
Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt sind sozial ungerecht und dienen lediglich dazu, beim Bürger abzukassieren.	66	68	73	65
Es ist nur recht und billig, wenn diejenigen, die die Umwelt in geringerem Maße belasten und etwas für den Umweltschutz tun, weniger Steuern bezahlen.	82	79	80	78

Aussage: Im Folgenden haben wir einige Aussagen zur Umweltpolitik zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen! (2000 bis 2004 Item 2 und 4 etwas anderer Wortlaut ... „ökologische Steuerreform“ ... aber gleiche inhaltliche Aussage)

Im Zeitvergleich sind keine geschlechtsspezifischen Unterschiede im Antwortverhalten festzustellen. Auch das Alter der Befragten hat in der Gesamtrückschau keinen nennenswerten Einfluss auf die Haltung zu höheren Energiesteuern. Von Bedeutung sind hingegen der formale Bildungsgrad und das Einkommen. Grundsätzlich gilt für alle vier Messzeitpunkte: Je höher die Schulbildung, desto größer die Zustimmung. Aber: Im Vergleich mit der Erhebung 2004 hat insbesondere die Zustimmung im Segment der höher Gebildeten deutlich abgenommen, nämlich von 58% im Jahr 2004 auf 46% im Jahr 2006. Ferner nimmt die Akzeptanz höherer Energiesteuern mit steigendem Einkommen zu. So liegt die Zustimmungquote in der Gruppe ab 2.500 Euro persönlichem Nettoeinkommen bei 53% und ist damit deutlich höher als im Bevölkerungsdurchschnitt.

Auch die Überlegung, höhere Energiesteuern könnten bei gleichzeitiger Entlastung von Arbeitskosten zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, findet heute eher weniger Zuspruch als noch zu Beginn des Jahrtausends. Nennenswerte und im Zeitvergleich stabile statistisch signifikante Effekte nach Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen sind hier nicht festzustellen.

Dass Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt sozial ungerecht seien und lediglich dazu dienen würden, beim Bürger abzukassieren, davon sind im Zeitvergleich ungefähr zwei Drittel der Deutschen überzeugt – im Jahr 2004 waren es sogar annähernd drei Viertel. Einen maßgeblichen Einfluss auf diese Haltung hat der formale Bildungsgrad. Geschlecht, Alter und Einkommen spielen hier hingegen keine oder kaum eine Rolle.

Tabelle 14: Zustimmung zur Aussage „Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt sind sozial ungerecht“

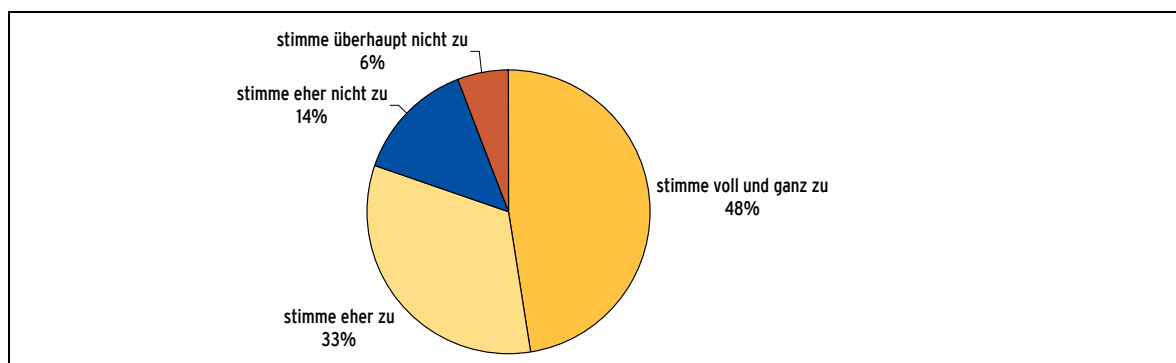
Anteil derjenigen, die „voll und ganz“ oder „weitgehend“ zustimmen, dass Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt sozial ungerecht sind und lediglich dazu dienen, beim Bürger abzukassieren. Angaben in %	2000	2002	2004	2006
Insgesamt	66	68	73	65
niedrige formale Bildung	75	73	81	76
mittlere formale Bildung	67	72	73	69
hohe formale Bildung	57	62	63	53

Der Anteil derjenigen, die Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt als sozial ungerecht empfinden, ist nach der hohen Zustimmung 2004 wieder auf das Niveau von 2000 gesunken. Möglicherweise ist dies ein erstes Indiz dafür, dass auch aus Sicht der Bevölkerung monetär wirkende Instrumente des Umwelt- und Klimaschutzes mittelfristig nicht zu vermeiden sind, sofern deutlich gemacht werden kann, dass sie ihrem Ziel und Zweck auch tatsächlich zugute kommen. Die strategische Zielrichtung der in Frage kommenden Instrumente scheint indes ein wesentlicher Punkt zu sein. Denn im Umkehrschluss ist mit rund 80% eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass es nur recht und billig sei, wenn diejenigen, die die Umwelt in geringerem Maße belasten und etwas für den Umweltschutz tun, weniger Steuern bezahlen. Diese Einschätzung ist im Zeitvergleich stabil, d.h. kaum nennenswerten Schwankungen unterworfen. Zu allen vier Messzeitpunkten ist zudem keine unterschiedliche Bewertung nach Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen festzustellen. Hier scheint es sich um ein Denkmuster mit beachtlicher gesellschaftlicher Ausstrahlungskraft zu handeln, das in allen Bevölkerungsschichten eine breite und positive Resonanz erzeugt.

Besteuerung von Flugbenzin

Eine ökologisch motivierte Steuerpolitik sollte in der Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger also auch diejenigen verstärkt berücksichtigen, die sich umweltfreundlich verhalten. Mit dieser Einstellung korrespondiert die mit einem Anteil von 81% hohe Akzeptanz der Besteuerung von Flugbenzin: Wer nicht fliegt, muss auch keine Steuern zahlen. Selbst unter den wenig umweltbewussten *Hedo-Materialisten* sind 70% für eine Besteuerung von Flugbenzin, obwohl es sich dabei um eine Bevölkerungsgruppe handelt, die zu den häufigsten Nutzern der sogenannten Billigflieger gehört (21% versus 15% insgesamt).

Abbildung 15: Zustimmung zur Besteuerung von Flugbenzin



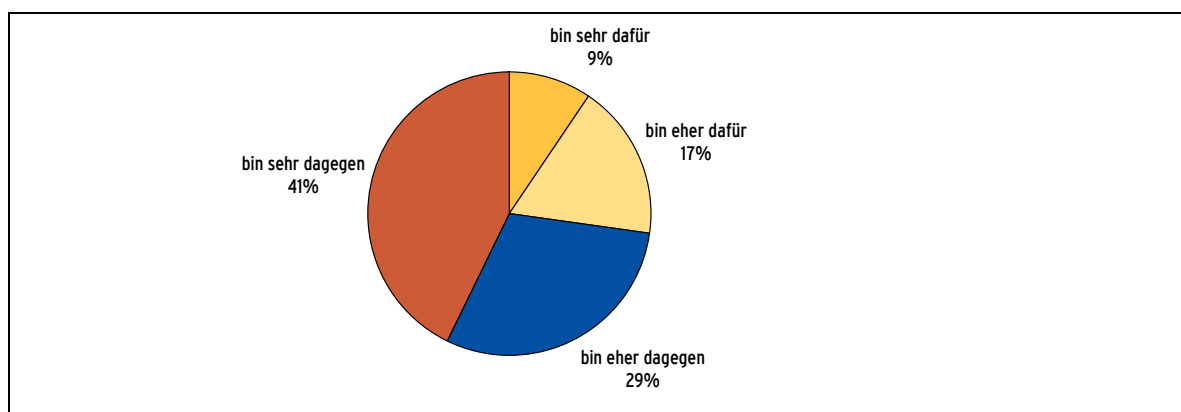
Aussage: Im Folgenden haben wir einige Aussagen zur Umweltpolitik zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen! „Flugzeugbenzin sollte – wie andere Kraftstoffe auch – besteuert werden.“

Innenstadtmaut

Neben Steuern zählen sogenannte Sonderabgaben zu den ökonomischen Instrumenten der Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Ein prominentes Beispiel ist die Innenstadtmaut, die in London im Jahr 2003 erfolgreich eingeführt wurde. Sie soll auf dem Weg in die Innenstädte einen finanziellen Anreiz zur Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln statt des PKW setzen. Doch die Deutschen reagieren hierauf sehr ablehnend: 70% sind dagegen, davon 41% „sehr dagegen“. In Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern – darunter vermutlich viele Vorstädte mit Pendlern – steigt die Ablehnungsquote sogar auf 89%.

In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger wird die Innenstadtmaut offensichtlich vor allem als sozial ungerecht empfunden. Denn wer sich die Maut leisten kann, hat weiterhin freie Fahrt. Die Akzeptanz einer solchen Maßnahme könnte durch begleitende Maßnahmen aber sicherlich erhöht werden. Im Sinne der oben angestellten Überlegungen könnten diejenigen, die auf das Auto verzichten und sich mithin umweltfreundlich verhalten, „belohnt“ werden. Denkbar wäre etwa eine Vergütung von Bahn- oder Bustickets beim Einkauf in den Geschäften der Innenstadt, so wie es in vielen Städten derzeit noch mit Parktickets gehandhabt wird.

Abbildung 16: Zustimmung zu einer Straßenmaut für Innenstädte



Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in größeren Städten eine Straßenmaut für die Innenstadt eingeführt wird, um den Verkehr zu reduzieren? (ohne Kategorie „weiß nicht“)

Fazit

Insgesamt ist deutlich geworden, dass die Deutschen steuerpolitischen und monetär wirkenden Instrumenten der Umwelt- und Klimaschutzpolitik eher skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Die Antworten auf die Frage der Besteuerung von Flugbenzin zeigen aber, dass dies keineswegs in jedem Fall so sein muss. Dennoch: Ordnungsrechtliche Instrumente wie z.B. Ge- und Verbote erfreuen sich im Allgemeinen einer deutlich höheren Akzeptanz, sehr wahrscheinlich deshalb, weil sie – sofern sie befolgt werden – nicht mit Zahlungsverpflichtungen verbunden sind. Eine zentrale Rolle dürfte hier die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit spielen. Generell liege in Deutschland „die Schwelle dafür, Ungleichheit – zumal materielle Ungleichheit – auch als ungerecht zu empfinden, niedriger als in vielen anderen Ländern. Auch ist die Neigung größer, die Milderung von Ungerechtigkeit als eine kollektive Maßnahme von der Politik, von staatlichen Institutionen zu erwarten“ (Nolte 2005, S. 18). Ferner zeigen die Ergebnisse einer Untersuchung zur wahrgenommenen Gerechtigkeit der eigenen Steuerlast, dass diese in Deutschland vorrangig davon abhängt, „dass man selbst mit dem eigenen Lebensstandard zufrieden ist und nicht der Eindruck entsteht, andere würden weniger Steuern zahlen als man

selbst“ (Liebig/Mau 2005, S. 485). So besteht bei Beziehern höherer Einkommen – denen ein gewisser Sättigungsgrad hinsichtlich des eigenen Wohlfahrtsniveaus unterstellt wird – eine höhere Bereitschaft, selbst höhere Steuern zu zahlen. Dies würde dann als Beitrag zur Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt bzw. als „moralische Leistung für die Allgemeinheit angesehen“ (ebd., S. 485). Hiermit korrespondiert der oben festgestellte Befund zum positiven Effekt eines höheren Einkommens auf die Akzeptanz höherer Energiesteuern. Auch bei der Frage, was die Befragten denn vorziehen würden, wenn sie die Wahl zwischen „mehr Einkommen“ oder „mehr Freizeit“ hätten, zeigt sich dieser statistisch hochsignifikante Effekt. Wer sich für „mehr Freizeit“ entscheidet – und dies geht mit einem höheren Bildungsgrad und einem höheren Einkommen einher – plädiert deutlich häufiger für höhere Energiesteuern.

Der sozio-ökonomische Status wirkt sich also deutlich auf die Einstellung zu den ökonomischen Instrumenten der Umwelt- und Klimaschutzpolitik aus. Er steht auch in einem engen Zusammenhang mit den grundlegenden Vorstellungen und kollektiven Überzeugungen über Gerechtigkeit. Wegener und Liebig (vgl. 1999) unterscheiden die folgenden vier Gerechtigkeitskonzepte, die an die Kulturtheorie von Mary Douglas anknüpfen:

1. *Etatismus*: Der Staat ist verantwortlich für die Verteilung von Gütern und Privilegien.
2. *Individualismus*: Die Verteilung beruht auf Wettbewerb: Der Tüchtige wird mit Erfolg belohnt.
3. *Fatalismus*: Gerechte Verteilung wäre schön – gibt es aber nicht.
4. *Askriptivismus*: Die Verteilung ist naturgegeben bzw. aufgrund von sozialer Rolle und sozialem Status gerecht festgelegt.

Diese vier Konzepte wurden mit jeweils zwei Statements abgefragt⁸. Die größte Zustimmung erhält der *Etatismus*, bei dem der Staat in die Verantwortung genommen wird. Personen mit niedrigem Bildungsgrad und niedrigem Einkommen neigen stärker als im Durchschnitt zu diesem Gerechtigkeitskonzept. *Individualismus*, d.h. die Vorstellung einer Gerechtigkeit, die auf Wettbewerb und Leistung beruht, findet ebenfalls hohen Zuspruch. Überrepräsentiert sind hier Bezieher höherer Einkommen. Die Meinung zur eher resignativen Haltung des *Fatalismus* ist deutlich breiter gestreut, aber immerhin noch knapp die Hälfte stimmt beispielsweise der Aussage zu, dass man bei den heutigen Zuständen gar nicht mehr weiß, was gerecht ist. Die fatalistische Grundhaltung ist besonders häufig unter Personen mit niedrigem Bildungsgrad und niedrigem Einkommen und besonders selten unter Personen mit hohem Bildungsgrad anzutreffen. Die insgesamt geringste Zustimmung erhält schließlich der *Askriptivismus*. Dabei handelt es sich um eine Haltung, die eher für Bezieher höherer Einkommen typisch ist.

Die Gerechtigkeitskonzepte – vorrangig der *Etatismus* und der *Fatalismus* – stehen in einem hoch signifikanten Zusammenhang mit den hier zur Diskussion stehenden ökonomischen Instrumenten der Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Wer beispielsweise ausdrücklich nicht bereit ist, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu zahlen, neigt bei Durchschnittsbetrachtung stärker zum fatalistischen oder etatistischen Gerechtigkeitskonzept. Dies gilt auch für diejenigen, die nicht mit der Aussage konform gehen, dass höhere Energiesteuern zum Energiesparen anregen würden. Umgekehrt sind unter denjenigen, die ausdrücklich für höhere Energiesteuern stimmen, überdurchschnittlich viele Personen, die zum *Askriptivismus* tendieren. Wer wiederum stark dem *Fatalismus* und dem *Etatismus* zuneigt, spricht sich schließlich auch am ehesten dafür aus, dass Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt sozial ungerecht seien.

4 Zusammenfassende Bewertung

2006 befindet sich das Umweltbewusstsein auf einem insgesamt höheren Niveau als zwei Jahre zuvor. Der Umweltschutz hat bei vielen Deutschen in den letzten zwei Jahren in seiner Bedeutung zugenommen. Diese positive Tendenz gilt im Prinzip für alle Gruppen der Gesellschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen und Bildung. Es gilt aber nicht für die jüngste Gruppe der Befragten, die 18- bis 19-Jährigen, denn in dieser Altersgruppe hat die politische Bedeutung des Umweltschutzes zwischen 2000 und 2006 beständig abgenommen. Trotzdem wäre es falsch, hier von einem Generationentrend zu sprechen, denn die nächstältere Altersgruppe, die 20- bis 24-Jährigen, hat im Vergleich zu 2004 einen deutlichen Zuwachs in punkto Umweltbewusstsein zu verzeichnen.

Das Einkommen besitzt nur bei wenigen Fragen einen Einfluss auf die Umwelteinstellungen, was die Ergebnisse früherer Studien bestätigt. Zu den Ausnahmen, bei denen Einkommenseffekte feststellbar sind, gehört die Einstellung zu Steuererhöhungen, die ausschließlich dem Umweltschutz zugute kommen würden. Die Akzeptanz höherer zweckgebundener Steuern wächst mit steigendem Einkommen. Generell gilt allerdings, dass alle sozio-demographische Variablen, das Einkommen eingeschlossen, nur sehr begrenzten Einfluss auf die Einstellungen besitzen. Die oft geäußerte Meinung Umweltbewusstsein sei etwas, was man sich erst ab einem bestimmten Einkommen leisten kann, erweist sich eindeutig als nicht zutreffend.

Als größter Einflussfaktor bei den Umwelteinstellungen erweisen sich die persönlichen Werte. Hierbei zeigt sich, dass die *Engagierten Idealisten* gefolgt von den *Wertepluralisten* durch eine positive Haltung auffallen, während die *Hedo-Materialisten* auf dem anderen Pol des Spektrums angesiedelt sind. In der zahlenmäßig größten Gruppe der Wertepluralisten sind die Altersgruppen ab 60 und CDU-Anhänger überrepräsentiert, während bei den *Engagierten Idealisten* besonders viele Personen aus den Altersgruppen 20 bis 24 und 40 bis 49 sowie Anhänger der Grünen anzutreffen sind. Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wertetypus hat einen weitaus größeren Effekt als traditionelle sozial-strukturelle Merkmale. Dieser Befund stimmt nachdenklich, denn in der heutigen Gesellschaft ist Wertepluralismus und die damit verbundene Ausdifferenzierung der Gesellschaft in verschiedene Lebenswelten und Erfahrungsbereiche ein Faktum. Dass nun ausgerechnet etwas so modernes wie Umweltbewusstsein stark von den persönlichen Werten bestimmt wird, erscheint paradox. Die Gruppe der *Wertepluralisten*, also derjenigen, die am ehesten die viel diskutierte Wertesynthese verkörpern, weist selbst ein überdurchschnittliches Umweltbewusstsein auf, während die *Hedo-Materialisten*, ein besonders junges Segment der Gesellschaft bestehend aus jungen Singles, jungen Unverheirateten und Paaren ohne Kinder, durchweg das geringste Umweltbewusstsein zeigen. Die Wertetypen erweisen sich nicht nur hinsichtlich der Einstellungen als einflussreich, sondern auch in Bezug auf die Einschätzung von Risiken wie etwa dem globalen Klimawandel. Hedonistische Wertorientierungen gehen eher mit dem Ignorieren entsprechender Risiken einher, während idealistische, gemeinwesenorientierte Werte eher zu einer deutlich höheren Risikobewertung führen.

Auffallend ist, dass die Umweltqualität in Deutschland 2006 deutlich schlechter als 2004 beurteilt wird. Dabei haben sich gleichzeitig die bestehenden Unterschiede in der Wahrnehmung der Qualität der nahen und der fernen Umgebung weiter vergrößert. Schon seit längerem ließ sich feststellen, dass die Qualität weit entfernter Umwelt generell als schlechter bewertet wurde als die Umweltqualität der nahen Umgebung. Diese Nah-Fern-Differenz in der Wahrnehmung hat sich weiter verschärft, einer Verbesserung der Umwelt in der eigenen Stadt/Gemeinde steht

eine Verschlechterung deutscher Umweltqualität gegenüber, offenbar stellt sich bei vielen das Gefühl ein, dass gewissermaßen die globale Katastrophe näher rückt.

Umweltpolitik zählt für mehr als 90% der Deutschen zu den wichtigen politischen Aufgabenfeldern, für 53% ist sie sogar sehr wichtig und drei von vier Deutschen sind der Meinung, die Bundesregierung solle mehr für den Umweltschutz tun. Aber wie, welche Instrumente soll sie für eine wirksame Umweltpolitik einsetzen? Die Mehrheit hierzulande bevorzugt eher ordnungsrechtliche Instrumente, d.h. Verbote sollen erlassen und Gesetze verschärft werden. Je höher die Bildung, desto eher neigt man zu dieser Position.

Ordnungsrechtliche Maßnahmen wie die vorübergehende Sperrung von Innenstädten zur Reduzierung von Feinstaubbelastung erscheinen der Mehrheit als gerecht, denn sie gelten für alle ohne Ansehen von sozialer Herkunft oder Einkommen. Solche Maßnahmen können auf klare Mehrheiten zählen. Anders sieht es aus, wenn eine persönliche Belastung, insbesondere finanzielle Belastung, in direkten Zusammenhang mit einer Maßnahme gebracht wird. Für eine Innenstadtmaut gibt es keine Mehrheit, denn sie wird im Kontext sozialer Ungleichheit beurteilt, man vermutet: Die Reichen können fahren, die Armen bleiben draußen. Zwar bejaht die große Mehrheit das ökonomische Prinzip „Wer mehr Umwelt verbraucht, soll auch mehr zahlen“, doch führt dies keineswegs auch zur Zustimmung zu neuen Abgaben, Gebühren oder Steuererhöhungen. Ökonomische und steuerpolitische Instrumente werden mehrheitlich mit Skepsis betrachtet, und zwar mit um so größerer Skepsis, je geringer die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen sind, wobei entscheidend ist, ob und wie man sich selbst von Maßnahmen betroffen fühlt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die gegensätzliche Bewertung von Innenstadtmaut und Flugbenzinbesteuerung: Von der Maut fühlen sich wesentlich mehr Personen (und zwar fast täglich) betroffen als von der Flugbenzinbesteuerung, entsprechend sind die Zustimmungs- bzw. Ablehnungsquoten – mehrheitlich pro Flugbenzinsteuer und gegen die Mautgebühr.

Für die Umweltpolitik bedeutet dies, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen in der Regel besser zu kommunizieren sind und bei ökonomischen Instrumenten sehr genau bedacht werden muss, wer sich hiervon in welchem Ausmaß betroffen fühlen könnte. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Kontext die Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit. Generell liege in Deutschland „die Schwelle dafür, Ungleichheit – zumal materielle Ungleichheit – auch als ungerecht zu empfinden, niedriger als in vielen anderen Ländern. Auch ist die Neigung größer, die Milderung von Ungerechtigkeit als eine kollektive Maßnahme von der Politik, von staatlichen Institutionen zu erwarten“ (Nolte 2005, S. 18). Monetär wirkende Instrumente der Umweltpolitik laufen deshalb immer Gefahr, als sozial ungerecht wahrgenommen und abgelehnt zu werden. Man könnte es auch so verallgemeinern: Akzeptanzdefizite gibt es immer dann, wenn es wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizite einer Maßnahme gibt.

Literatur

- Bratzel, S. (2005): Mobilität und Verkehr. In: Informationen zur politischen Bildung. H. 287, S. 44-51.
- Bratzel, S. (1999): Erfolgsbedingungen umweltorientierter Verkehrspolitik in Städten. Analysen zum Policy-Wandel in den „relativen Erfolgsfällen“, Amsterdam, Groningen, Zürich und Freiburg (i. Brsg.), Basel u.a.
- Buba, H.; Globisch, S. (2005): Ökologische Sozialcharaktere und Lebenswelten. Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes (unveröff. Abschlussbericht), Bamberg.
- Canzler, W.; Knie, A.; Schöller, O. (2007): Ende des Modells Deutschlands. Der demographische Wandel macht eine neue Verkehrspolitik nötig. In: WZB-Mitteilungen, H. 115, S. 21-24.
- Diekmann, A. (2005): Denn sie wissen was sie tun. In: Politische Ökologie, H. 95, S. 32-34.
- Franzen, A.; Meyer, R. (2004): Klimawandel des Umweltbewusstseins? Eine Analyse des ISSP 2000. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33, H. 2, S. 119-137.
- Grunenberg, H.; Kuckartz, U. (2003): Umweltbewusstsein im Wandel. Ergebnisse der UBA-Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2002, Opladen.
- Karger, C.; Wiedemann, P. (1996): Kognitive und affektive Determinanten der intuitiven Bewertung von Umweltrisiken. Zeitschrift für Experimentelle Psychologie, H. 45.
- Klages, H.; Gensicke, T. (2006): Wertesynthese funktional oder dysfunktional. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 58, S. 332-351.
- Kuckartz, U.; Rheingans-Heintze, A. (2006): Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement, Wiesbaden.
- Jänicke, M. (2005): Staatliche Umweltpolitik am Beispiel Deutschlands. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 287, S. 52-57.
- Jungermann, H.; Slovic, P. (1993): Charakteristika individueller Risikowahrnehmung. In: Bayerische Rück (Hrsg.): Risiko ist ein Konstrukt, München, S. 89-107.
- Liebig, S.; Mau, S. (2005): Wann ist ein Steuersystem gerecht? Einstellungen zu allgemeinen Prinzipien der Besteuerung und zur Gerechtigkeit der eigenen Steuerlast. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 34, H. 6, S. 468-491.
- Nolte, P. (2005): Soziale Gerechtigkeit in neuen Spannungslinien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 37, S. 16-23.
- Peters, E.; Slovic, P. (1996): The Role of Affect and Worldviews as Orienting Dispositions in the Perception and Acceptance of Nuclear Power. Journal of Applied Social Psychology, 26, 16, S. 1427-1453.
- Wegener, B.; Liebig, S. (1999): Gerechtigkeitsideologien 1991-1996. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen, S. 25-59.
- Wildavsky, A. (1993): Vergleichende Untersuchung zur Risikowahrnehmung, in: Bayerische Rückversicherung AG (Hrsg.): Risiko ist ein Konstrukt, München 1993, S. 191-211.
- Zwick, M.; Renn, O. (2002) (Hrsg.): Wahrnehmung und Bewertung von Risiken. Ergebnisse des „Risikosurvey Baden-Württemberg 2001“, Arbeitsbericht 202 der TA-Akademie, Stuttgart. Verfügbar im Internet: <http://www.michaelmzwick.de/schrift.htm> [04.04.2007]

Anmerkungen

- 1 Die allgemeinen Umwelteinstellungen lassen sich nach spezifischen Mustern differenzieren, das heißt, die Sensibilisierung für den Umweltschutz äußert sich bei den Menschen mit unterschiedlichen Prioritäten. Wir haben es mit drei verschiedenen Einstellungsdimensionen zu tun (Ergebnis einer Faktorenanalyse, wobei das Item E nicht berücksichtigt wurde):

Rotierte Komponentenmatrix			Komponente		
Faktor	Item		1	2	3
Nachhaltigkeitsbewusstsein	A	Erhaltung und Schutz unserer Heimat	,725		
Nachhaltigkeitsbewusstsein	D	Handel sollte fair sein	,721		
Nachhaltigkeitsbewusstsein	B	Generationengerechtigkeit sollte bestehen	,702		
Nachhaltigkeitsbewusstsein	C	Nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen	,605		
Verantwortungsbewusstsein	I	Übertreibung der Umweltprobleme durch Umweltschützer		,726	
Verantwortungsbewusstsein	J	zu viele Vorschriften für den Naturschutz		,714	
Verantwortungsbewusstsein	K	Wissenschaft und Technik lösen Umweltprobleme		,655	
Verantwortungsbewusstsein	L	Bürger können nur wenig Energie einsparen		,633	
Krisenbewusstsein	G	Zusteuern auf Umweltkatastrophe			,675
Krisenbewusstsein	F	Besorgnis über zukünftige Umweltverhältnisse			,669
Krisenbewusstsein	H	Es gibt Grenzen des Wachstums			,630
NICHT INTEGRIERT	E	Beitrag zum Umweltschutz durch Kaufverhalten			

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.
Werte unter 0,5 ausgeblendet; paarweise Missing-Behandlung; Erklärte Gesamtvarianz: 53%

- 2 Eine Berücksichtigung der Untersuchungen aus den Jahren 1996, 1998 und 2000 ist hier nicht möglich, da zu diesen Erhebungszeitpunkten noch nicht alle Statements eingesetzt wurden, die für die Konstruktion der drei Dimensionen der Umwelteinstellungen notwendig sind.
- 3 Zur Erfassung der Wertorientierungen wurden fünfzehn Werte vorgegeben, die die Befragten nach der Wichtigkeit für sich selbst einschätzen sollten. Daraus lassen sich mithilfe des statistischen Verfahrens der Faktorenanalyse drei Wertgruppen herauskristallisieren, die jeweils eng zusammengehören:

Rotierte Komponentenmatrix		Komponente		
Faktor		1	2	3
Hedonistische und materielle Werte	Macht und Einfluss	,736		
Hedonistische und materielle Werte	Hoher Lebensstandard	,700		
Hedonistische und materielle Werte	Genuss der guten Dinge des Lebens	,645		
Hedonistische und materielle Werte	Durchsetzung der eigenen Bedürfnisse	,625		
Idealistische und Engagmentwerte	Hilfe für sozial Benachteiligte und gesellschaftliche Randgruppen		,768	
Idealistische und Engagmentwerte	Leben im Einklang mit der Natur		,688	
Idealistische und Engagmentwerte	Politisches Engagement		,640	
Idealistische und Engagmentwerte	Entwicklung der eigenen Phantasie und Kreativität		,620	
Pflicht- und Akzeptanzwert	Respekt vor Gesetz und Ordnung			,795
Pflicht- und Akzeptanzwert	Sicherheitsstreben			,762
Pflicht- und Akzeptanzwert	Fleißigkeit und Ehrgeiz			,679

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.
Werte unter 0,5 ausgeblendet; paarweise Missing-Behandlung; Erklärte Gesamtvarianz: 54%

4 Angegeben ist in dieser Tabelle und im folgenden Text nicht der Anteil in der Stichprobe, sondern der Anteil unter den fünf Wertetypen. Die Befragten, die sich keinem dieser Typen zuordnen lassen, wurden als fehlende Werte behandelt.

5 Die Gesamtskala Pro-Umwelteinstellungen ergibt sich aus der Addition aller 12 Statements der Tabelle 1.

6 Die Daten für die Stadtstaaten sind allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, denn die Bevölkerungszahl der Stadtstaaten ist verhältnismäßig klein, so dass es bei 2.034 Befragten auf Grund des kleinen Anteils der Stadtstaaten in der Stichprobe zu Verzerrungen kommen kann.

7 Folgende Fragen wurden zur Bildung der Indexvariable „Klimabewusstsein“ herangezogen:

Tun Sie persönlich etwas für den Umweltschutz? Wenn ja, bitte ich Sie, mir ein paar Stichpunkte zu nennen:

- Energie einsparen, Kontrolle des Energieverbrauchs
- Betrieb oder geplante Anschaffung einer Solaranlage
- Vermeidung von Flugreisen
- Nutzung von ÖPNV
- Strom sparen durch ausschalten der Geräte (kein Stand-by)
- sparsames Heizen
- moderne, sparsame Heizung
- benzinsparendes Auto
- Nutzung von Erdwärme
- Strom aus erneuerbaren Energien

Welchen Aufgaben sollte sich die Bundesregierung Ihrer Meinung nach in der Zukunft verstärkt zuwenden? Bitte suchen Sie die drei Aufgaben aus, die Ihnen am wichtigsten erscheinen.

- für sparsameren Umgang mit Energievorräten sorgen
- für Unabhängigkeit von Öl und Gas durch erneuerbare Energien sorgen
- Entwicklung von sparsamen Antrieben und Motoren fördern
- für deutliche Verringerung von klimaschädlichen Gasen sorgen
- für sparsameren Rohstoffverbrauch sorgen

Einschätzung des Anteils einzelner Energieträger an der Stromerzeugung

Beziehen Sie Öko-Strom oder beabsichtigen Sie, zukünftig Öko-Strom zu beziehen?

Zustimmung zu folgenden Statements:

- Die Industrie sollte dazu angehalten werden, mehr energiesparende Produkte anzubieten.
- Beim Energiesparen kommt es auch auf uns Verbraucher an, daher sind wir Bürgerinnen und Bürger in unserem Alltagsverhalten gefordert.
- Es sollten weitere Windkraftanlagen vor den Küsten Deutschlands, also an der Nord- oder Ostsee gebaut werden.
- Private Haushalte, die erneuerbare Energien verwenden wollen, z.B. Solarstrom, Solarheizung oder Holzheizung, bekommen ausreichend finanzielle Unterstützung vom Staat.
- Öffentliche Einrichtungen sollen eine Vorbildfunktion übernehmen und erneuerbare Energien einsetzen, z.B. Holzpellets und Solarstrom.
- Die Regierung sollte mehr Geld für die Forschung über erneuerbare Energien ausgeben.
- Wir brauchen einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien.

Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung zum Ausbau der verschiedenen Formen der erneuerbaren Energien.

- Der Anteil der Windenergie an der Stromversorgung in Deutschland
- Der Anteil der Solarenergie an der Stromerzeugung in Deutschland
- Der Anteil der Biomasse an der Stromerzeugung in Deutschland

Wie gefährlich ist eine durch den „Treibhauseffekt“ verursachte weltweite Klimaveränderung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?

Ich achte beim Kauf von Haushaltsgeräten auf einen niedrigen Energieverbrauch.

Ich achte darauf, elektronische Geräte (z.B. Fernsehgerät, DVD-Spieler oder Hifi-Anlage) vollständig auszuschalten, also nicht im Stand-by-Betrieb zu lassen.

Im Vergleich zur Industrie können wir Bürger nur wenig zur Energieeinsparung beitragen.

Anmerkungen

- 8 Wegener und Liebig (1999) unterscheiden vier Gerechtigkeitskonzepte, die an die Kulturtheorie von Mary Douglas anknüpfen und die wir mit jeweils zwei Items abgefragt haben. In der letzten Spalte ist der Anteil der Befragten angegeben, die der Aussage „weitgehend“ und „voll und ganz“ zustimmen.

1. ETATISMUS <i>Der Staat ist verantwortlich für die Verteilung von Gütern und Privilegien.</i>	Zustimmung
Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.	79%
Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren.	72%
2. INDIVIDUALISMUS <i>Die Verteilung beruht auf Wettbewerb: Der Tüchtige wird mit Erfolg belohnt.</i>	
Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere.	68%
Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben.	64%
3. FATALISMUS <i>Gerechte Verteilung wäre schön – gibt es aber nicht.</i>	
So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist.	48%
Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen.	38%
4. ASKRIPTIVISMUS <i>Die Verteilung ist naturgegeben bzw. aufgrund von sozialer Rolle und sozialem Status gerecht festgelegt.</i>	
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.	52%
Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.	20%

Anweisung: Hier haben wir einige Aussagen zur Rolle des Staates und zur Gerechtigkeit in Deutschland. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

Die Items entstammen dem Instrument „Gerechtigkeitsideologien“ aus dem ZIS-Modul der ZUMA: Stark, G./Liebig, S./Wegener, B. (2005): Gerechtigkeitsideologien. In A. Glöckner-Rist (Hrsg.), ZUMA-Informationssystem. Elektronisches Handbuch sozialwissenschaftlicher Erhebungsinstrumente. ZIS Version 9.00. Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen.